

Friedrichshain-Kreuzberg geht besser.



Wahlprogramm der Freien Demokraten Friedrichshain-Kreuzberg
zu den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlung 2026

Friedrichshain-
Kreuzberg

FDP

Friedrichshain-Kreuzberg geht besser mit Deiner Hilfe

Friedrichshain-Kreuzberg braucht wieder Wachstum, Aufstieg und Ordnung. Eine Stadt, die Unternehmen nicht ausbremst, Eigentum ermöglicht, Kindern echte Chancen gibt und im Alltag funktioniert. Dafür setzen wir auf Freiheit, Leistung, Verantwortung und einen Staat, der seine Kernaufgaben ernst nimmt.

Am 20. September kommt es auf jede Stimme an. Damit wir eine Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung holen können, bitten wir Dich herzlich um eine finanzielle Unterstützung unseres Wahlkampfs.

Spende einen Betrag Deiner Wahl an:

Freie Demokratische Partei

Berliner Volksbank

IBAN: DE14 1009 0000 5466 5250 91

BIC: BEVODEBB

Oder via Paypal, Kreditkarte und Lastschrift unter: <https://www.fdp-fk.de/spenden>. Dort findest Du auch alle Informationen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden.

Freie Demokratische Partei
Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg
c/o FDP Berlin
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Inhalt

1.	Präambel „Leben und leben lassen in Friedrichshain-Kreuzberg“	4
2.	Wirtschaft und Gewerbetreibende	4
3.	Verkehrspolitik für alle – Mobilität auf den Weg bringen	6
4.	Liberaler Ordnungs- und Sicherheitspolitik in Friedrichshain-Kreuzberg	13
5.	Wer schneller baut, wohnt früher besser	18
6.	Arbeit und Soziales	25
7.	Du kannst alles werden - Beste Bildung für Friedrichshain-Kreuzberg	26
8.	Investitionen in alle Bürgerinnen und Bürger – für neue Prioritäten in der Haushaltspolitik	30
9.	Für deine Gesundheit	33
10.	Kommunale Verwaltung – bürgernah, digital und im 21. Jahrhundert angekommen	34
11.	Sport und Familie	37

1. Präambel „Leben und leben lassen in Friedrichshain-Kreuzberg“

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk der Vielfalt, der Kreativität und der Freiheit. Menschen aus unterschiedlichsten Ländern, mit verschiedenen Lebensentwürfen, Weltanschauungen und Biografien leben hier zusammen. Dieses offene und tolerante Miteinander ist eine der größten Stärken unseres Bezirks. Für uns Freie Demokraten ist klar: Eine freie Gesellschaft lebt von Respekt, von gegenseitiger Akzeptanz und von der Möglichkeit für jeden Menschen, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Liberalismus bedeutet für uns Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen, gleiche Chancen für alle und einen Staat, der Freiheit schützt, statt sie unnötig einzuschränken.

Wir wollen Friedrichshain-Kreuzberg mit neuen Ideen, Innovation und digitalem Fortschritt fit für das Jahr 2026 und darüber hinaus machen. Unser Bezirk darf nicht unter seinen Möglichkeiten bleiben. Statt Stillstand, Bürokratie und ideologischer Blockaden braucht es Mut zur Modernisierung. Wir setzen auf eine Politik, die Probleme pragmatisch löst, Chancen eröffnet und den Menschen im Alltag das Leben erleichtert.

Eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist Bildung. Deshalb wollen wir unsere Schulen, Kitas und Spielplätze so ausstatten, dass alle Kinder in Friedrichshain-Kreuzberg sicher, unbeschwert und mit den besten Zukunftschancen aufwachsen können. Gute Bildung, moderne Ausstattung und digitale Kompetenzen sind der Schlüssel für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichzeitig wollen wir unseren Bezirk wieder lebenswerter machen. Saubere Straßen, gepflegte Plätze und sichere U-Bahnhöfe sind keine Luxusforderungen, sondern grundlegende Aufgaben einer funktionierenden Verwaltung. Friedrichshain-Kreuzberg soll ein Bezirk sein, in dem sich Menschen gern aufhalten – in Parks, auf Spielplätzen, in Kiezen, auf Märkten oder in der lebendigen Kultur- und Gastronomieszene.

Eine starke Wirtschaft gehört ebenso zu einem funktionierenden Bezirk. Start-ups, Handwerksbetriebe, kleine Läden, Gastronomie, Clubs und kreative Unternehmen prägen die Identität von Friedrichshain-Kreuzberg. Sie schaffen Arbeitsplätze, Innovation und Lebensqualität. Wir wollen ihnen den Rücken stärken – mit klaren Regeln, weniger Bürokratie und einer Verwaltung, die als Partner statt als Hindernis auftritt. Gleichzeitig brauchen wir eine kluge und generationengerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, die neuen Wohnraum schafft und dafür sorgt, dass Menschen unterschiedlicher Einkommen weiterhin in unserem Bezirk leben können.

Unsere Vision ist ein Friedrichshain-Kreuzberg der Zukunft: digitaler, sauberer, sicherer und wirtschaftlich dynamischer – ein Bezirk, der seine kulturelle und kreative Energie nutzt und gleichzeitig allen Menschen gute Lebensbedingungen bietet. Ein Bezirk, der Freiheit schützt, Chancen eröffnet und Vielfalt als Stärke begreift. Dafür treten wir Freie Demokraten an.

2. Wirtschaft und Gewerbetreibende

Friedrichshain-Kreuzberg soll Heimat der Visionäre bleiben – offen für Unternehmergeist, Innovation, Digitalisierung und wirtschaftliche Dynamik. Wir Freie Demokraten setzen auf einen neuen Politikstil: offen für Unternehmerinnen und Unternehmer, für Kleingewerbe ebenso wie für Start-ups und internationale Unternehmen. Unser Ziel sind lebendige Mischgebiete mit Wohnen und Arbeiten – die klassische Kreuzberger Mischung aus kreativer Wirtschaft, kurzen Wegen und lebenswerten Kiezen.

Bessere Vernetzung und Unterstützung vor Ort

Dafür wollen wir gewachsene lokale Wirtschaftsstrukturen stärken und gleichzeitig Neuansiedlungen und Investitionen aktiv willkommen heißen. Ein städtischer Gewerbehof, beispielsweise auf dem Dragonerareal unter Führung der Handwerkskammer, soll stabile und bezahlbare Räume für produzierendes Kleingewerbe schaffen. Ergänzend wollen wir Pilotprojekte wie Sonderentwicklungsgebiete ermöglichen, in denen für einen begrenzten Zeitraum von drei bis fünf Jahren ausgewählte Vorschriften ausgesetzt werden, um Gründerinnen und Gründern niedrigschwellige Räume für neue Ideen zu eröffnen. Gleichzeitig setzen wir uns für mehr Pacht- und

Mietgerechtigkeit ein, damit Nahversorgung und Kleingewerbe nicht durch überhöhte Mietsteigerungen verdrängt werden.

Weniger Bürokratie, effizientere Verwaltung

Eine starke Wirtschaft braucht vor allem eines: weniger Bürokratie, eine digitale, effizientere und unternehmerfreundlichere Verwaltung. Friedrichshain-Kreuzberg ist bereits ein begehrter Standort – von internationalen Unternehmen über Technologie-Start-ups bis hin zu kleinen Familienbetrieben oder der Ich-AG. Diese Vielfalt wollen wir stärken. Deshalb setzen wir uns für direkte Wirtschaftslotsen im Bezirksamt als zentrale Ansprechpartner ein. Als One-Stop-Shop sollen sie Unternehmen bei allen Verfahren begleiten, sodass Anträge digital und möglichst innerhalb von vier Wochen bearbeitet werden. Gleichzeitig wollen wir Bürokratie spürbar abbauen: weniger Vorschriften, Sunset-Klauseln für neue Regelungen und wo möglich Anzeigeverfahren statt Genehmigungen. In Krisenzeiten müssen Unternehmen zudem auf transparente und faire Nothilfen zählen können.

Bezahlbare Räume und faire Mieten

Bezahlbare Gewerberäume sind eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Vielfalt. Steigende Gewerbemieten bedrohen insbesondere Gründerinnen, Gründer und kleine Betriebe. Statt investitionshemmender Eingriffe wie eines Mietendeckels setzen wir auf mehr Angebot: Baulücken sollen schneller entwickelt und Genehmigungen für neue Gewerbeflächen beschleunigt werden. Gleichzeitig brauchen Unternehmen Planungssicherheit.

Digitalisierung stärken – Gewerbe entlasten

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen, um Gewerbetreibende zu entlasten und den Bezirk moderner, effizienter und wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Behördengänge müssen vollständig digital möglich sein, Genehmigungs- und Antragsverfahren schneller, automatisiert und transparenter werden. Gleichzeitig setzen wir uns für einen flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastruktur wie Glasfaseranschlüsse und leistungsfähiges WLAN im öffentlichen Raum und bessere Bedingungen für digitale Geschäftsmodelle ein. Unser Ziel ist ein Bezirk, der Innovation fördert, Bürokratie abbaut und Unternehmertum nicht ausbremst, sondern ermöglicht.

Freiheit für Gastronomie, Kultur und Tourismus

Friedrichshain-Kreuzberg lebt von seiner lebendigen Gastronomie, seiner Partykultur und seiner kreativen Szene. Diese Vielfalt wollen wir schützen und stärken. In ausgewählten lebendigen Vierteln setzen wir uns für sogenannte Freiheitszonen mit möglichst geringen Einschränkungen bei Lärm- und Ruhezeiten ein – unter fairer Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner. Genehmigungen für Clubs und anderer Feiermöglichkeiten wollen wir erleichtern, und wir setzen uns für die Abschaffung starrer Ladenschlussregelungen ein, damit Spätis und Geschäfte ihre Öffnungszeiten selbst bestimmen können. Auch Gastronomiebetriebe sollen unkompliziert mobile Außenflächen wie Schanigärten auf Gehwegen oder Parkstreifen beantragen können.

Am Beat der Zeit – Clubkultur stärken

Die Clubkultur ist ein zentraler Bestandteil der kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt in Friedrichshain-Kreuzberg. Sie prägt nicht nur unser Bild der Stadt, sondern auch das internationale Image ganz Berlins, schafft Arbeitsplätze und trägt zur Lebendigkeit unserer Kieze in Friedrichshain-Kreuzberg bei. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Clubs, Veranstalterinnen und Veranstalter ein. Clubs müssen besser vor Verdrängung geschützt werden. Steigende Gewerbemieten, unsichere Vertragslaufzeiten und Nutzungskonflikte mit neuen Bauprojekten gefährden viele etablierte Standorte. Wir setzen uns dafür ein, Clubstandorte bei der Stadtentwicklung frühzeitig mitzudenken und langfristig zu sichern. Gleichzeitig unterstützen wir das sogenannte Agent-of-Change-Prinzip: Wer neu in die Nachbarschaft bestehender Clubs baut, muss selbst für ausreichenden Schallschutz sorgen. Wir wollen Clubs konsequent als Kulturrorte anerkennen und ihnen damit einen besseren Zugang zu Kulturförderung ermöglichen. Gleichzeitig müssen Genehmigungsverfahren einfacher, schneller und transparenter werden. Veranstaltungen,

Umbauten oder temporäre Nutzungen dürfen nicht an übermäßiger Bürokratie scheitern. Ein zentraler Ansprechpartner für die Clubszene im Bezirksamt kann hier Verfahren bündeln und beschleunigen. Die Clubkultur ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unseren Bezirk. Wir wollen sie stärker in Standort- und Tourismusstrategien einbinden und Clubs insbesondere in Krisenzeiten unbürokratisch unterstützen. Gleichzeitig brauchen kreative Kulturprojekte neue Räume. Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden, temporäre Veranstaltungsflächen und Open-Air-Angebote wollen wir erleichtern, um neue Freiräume für Kultur, Musik und kreative Experimente zu schaffen.

Green Economy als Zukunftschance

Neben vielversprechenden Entwicklungen in Informations- und Kommunikationstechnologie sowie DeepTech, sehen wir gleichzeitig in der Green Economy eine große Zukunftschance für unseren Bezirk. Friedrichshain-Kreuzberg soll zu einem Leuchtturm nachhaltiger Wirtschaft werden. Wir wollen Kompetenzcluster für Unternehmen der Green Economy aufbauen und gezielt innovative ESG-Unternehmen anwerben – technologieoffen und innovationsfreundlich. Kreislaufwirtschaft, Urban Mining und neue Formen der Ressourcennutzung können Abfall zu Rohstoffen machen und neue Wertschöpfung schaffen. Auch urbane Landwirtschaft und gemeinschaftliche Gartenprojekte wollen wir ausbauen, um lokale, emissionsarme Produktion selbst auf kleinsten Flächen zu ermöglichen.

3. Verkehrspolitik für alle – Mobilität auf den Weg bringen

Von A nach B kommen, sicher und pünktlich, das ist schon der größte Traum vieler Anwohner im Bezirk. Wer einen wichtigen Termin wahrnehmen will, muss heute schon mindestens Bahn früher nehmen, denn es passiert eigentlich immer etwas auf dem Weg. Wer im Bezirk unterwegs ist, klagt, dass Friedrichshain und Kreuzberg so schlecht miteinander angebunden sind. Das wollen wir ändern. Dabei gilt: Nur wer sich auf der Straße wohl und sicher fühlt, ganz gleich, ob Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer oder Autofahrer, identifiziert sich mit seinem Kiez und nimmt aktiv am Gemeinschaftsleben teil. Alle haben ihre Rechte und Pflichten auf unseren Straßen.

Öffentlichen Nahverkehr stärken

Damit im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot erreicht werden kann, bedarf es einer berlinweiten, vorausschauenden Planung für den Ausbau. Dabei geht es nicht nur um neue Linien, sondern auch um die Verbesserung des bestehenden Angebots. Die FDP will einen ideologiefreien, sachgerechten Ausbau des Netzes. Die Verkehrspolitik muss weg von der einseitigen Befürwortung einzelner Verkehrsmittel. Die Verteufelung des U-Bahn-Ausbaus wegen der hohen Kosten ist genauso wenig zielführend wie die Tram/Straßenbahn als Heilsbringer für alle Verkehrsprobleme zu betrachten. Jedes Verkehrsmittel hat seinen Zweck. Wichtig ist, das bestehende Netz integriert zu erweitern, um aus dem Zusammenspiel aller Verkehrsmittel den besten Nutzen zu erreichen. Dazu gehört der Ausbau aller Verkehrsträger S- Bahn, U-Bahn, Tram, Bus, Sammeltaxis und auch Wassertaxis. Stadt und Bezirkspolitik müssen dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger alle ihnen zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel uneingeschränkt nutzen können und die dafür notwendigen verkehrstechnischen Infrastruktursysteme ausbauen und fördern. Es gilt das bestehende Verkehrsnetz zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten. Verkehrszuwächse lassen sich nicht per Befehl an die Bürgerinnen und Bürger auf den ÖPNV leiten, sondern durch Anreize und ein überzeugendes Angebot.

Buslinie „Von dir zu mir“

Wir wollen die innerbezirkliche Mobilität in Friedrichshain-Kreuzberg deutlich verbessern. Viele Wege innerhalb des Bezirks sind heute nur mit Umwegen über das Stadtzentrum oder die Ringbahn möglich. Deshalb setzen wir uns für das Projekt „Von dir zu mir“ ein: eine neue Buslinie M144, die Kreuzberg und Friedrichshain direkt miteinander verbindet und wichtige Kieze, Wohngebiete, Arbeitsorte und Kulturstandorte miteinander verknüpft. Die Linie soll von Kreuzberg-West bis nach Friedrichshain-Nord führen und dabei eine zentrale Ost-West-Verbindung durch den Bezirk schaffen. Eine mögliche Route könnte beginnen am Tempelhofer Damm über den Platz der Luftbrücke, Mehringdamm, über die Gneisenaustraße, Hasenheide, Hermannplatz und Kottbusser Tor

zur Skalitzer Straße verlaufen, dort entlang bis zur Oberbaumbrücke, anschließend über Warschauer Straße, Boxhagener Platz und die Frankfurter Allee bis in den nördlichen Teil Friedrichshains, über Besarinplatz, Petersburger Straße, Platz der Vereinten Nationen und beispielsweise beim Ostbahnhof enden. Mit einer solchen Verbindung schaffen wir eine direkte, bezirksübergreifende Buslinie für Alltag, Arbeit und Freizeit. Das verbessert die Erreichbarkeit innerhalb des Bezirks, entlastet überfüllte U-Bahnlinien und stärkt den öffentlichen Nahverkehr als komfortable Alternative zum Auto.

Verbesserte Situation an Umsteigepunkten durch Ausbau von Park&Ride-Angeboten

Wir wollen Park & Ride-Flächen an S-Bahn und U-Bahn-Knotenpunkten im und außerhalb des Bezirks überall, wo es möglich ist. Park&Ride steht dabei eben nicht nur für Parkflächen für Autos, deren Nutzer ihren Weg mit dem ÖPNV fortsetzen, sondern auch für umfassende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Wir wollen, dass an jedem U- und S-Bahnhof, aber auch an wichtigen Tramhaltestellen im Bezirk sichere und ausreichende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden – wo dies möglich ist, in Form von bewachten privaten Fahrradparkhäusern.

Verlängerung der U1 zum Frankfurter Tor und darüber hinaus

Wir setzen uns für eine Verlängerung der U1 bis zum U-Bahnhof Frankfurter Tor entlang der im Flächennutzungsplan dafür vorgesehenen Trasse ein. Hierdurch wird ein wichtiger Umsteigepunkt zur U5 geschaffen und damit die Anbindung des Bezirks an die Stadtmitte sowie nach Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf entschieden verbessert. Langfristig sollte die U1 bis zum Bf. Landsberger Allee geführt werden mit Weiterbaumöglichkeiten bei weiterem Wachstum der Stadt. Eine Verlängerung zum Ostkreuz ist dann überflüssig. Im Zuge der Verlängerung zum Frankfurter Tor sollte eine neue U1 Station direkt über dem S-Bf Warschauer Str. errichtet werden für einen bequemen Umstieg zur S-Bahn in Ost-West-Richtung. Durch die Verlegung des U-Bahnhofs entstünde die Möglichkeit, direkt an der Kreuzung Oberbaumbrücke/Stralauer Allee einen zusätzlichen Haltepunkt zu errichten. Nur die U-Bahn kann den Anforderungen einer verdichteten Metropole an Fahrgastkapazität, Flächenverbrauch und Geschwindigkeit gerecht werden. Ein dichtes U-Bahnnetz verbessert die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohnern spürbar – und kein anderes öffentliches Verkehrsmittel wird von den Fahrgästen stärker angenommen und motiviert so nachhaltig zum Umstieg auf den ÖPNV.

Tram tatsächlich bauen

Eine Erweiterung des Tramnetzes über die Oberbaumbrücke darf nicht an den üblichen Berliner Planungszeiten scheitern. Die lang geplante Verlängerung zum Hermannplatz muss endlich realisiert werden, perspektivisch auch mit einer Weiterführung entlang des Columbiadamms. Wer den Ausbau der Straßenbahn politisch fordert, muss ihn auch tatsächlich umsetzen. Die schwarz-rote Landesregierung kündigt zwar regelmäßig Fortschritte an, doch vor Ort passiert nichts. Friedrichshain-Kreuzberg braucht beim Tramausbau mehr Tempo, mehr Verbindlichkeit und klare Prioritäten.

Bahnhof Ostkreuz zum Drehkreuz machen

Der Bahnhof Ostkreuz ist einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Berlins und hat durch seinen Ausbau in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Neben der S-Bahn halten dort inzwischen zahlreiche Regionalzüge. Umso unverständlicher ist es, dass die direkte Anbindung an das Straßenbahnnetz bis heute unzureichend bleibt. Straßenbahn- und Buslinien verlaufen teilweise abseits, sodass insbesondere aus den angrenzenden Quartieren nördlich der Stadtbahn keine direkte und komfortable Erreichbarkeit besteht. Das schwächt die Funktion des Ostkreuzes als Mobilitätsdrehscheibe und macht den Umstieg unnötig umständlich. Mit der geplanten Neubaustrecke Marktstraße – Ostkreuz – Wühlischplatz und der Verlegung der Linie 21 bietet sich die große Chance, das Ostkreuz endlich direkt an das Straßenbahnnetz anzubinden. Diese Chance muss jetzt genutzt werden. Die Verbindung verbessert die Erreichbarkeit aus Friedrichshain und Karlshorst erheblich, stärkt die vorhandene Infrastruktur und erhöht die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs insgesamt. Deshalb fordern wir, die Straßenbahnanbindung des Ostkreuzes mit höchster Priorität voranzutreiben und die jahrelangen

Planungs- und Beteiligungsverfahren endlich abzuschließen. Darüber hinaus wollen wir das Angebot rund um das Ostkreuz gezielt verbessern. Die Linie 21 soll in einem dichteren Takt verkehren, damit die gestiegene Bedeutung des Bahnhofs auch im Straßenbahnnetz abgebildet wird. Auch in den Nachtstunden muss das Ostkreuz zuverlässig erreichbar sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Nachtbusanbindung entsprechend auszubauen und pragmatische Verlängerungen bestehender Linien zügig umzusetzen. Bei allen Ausbaumaßnahmen gilt für uns: Gute Verkehrsplanung muss leistungsfähig, alltagstauglich und sicher sein. Die Belange von Feuerwehr, Rettungsdiensten und anderen Beteiligten müssen frühzeitig mitgedacht werden, damit keine neuen Engpässe entstehen und der Ausbau von Anfang an tragfähig geplant wird.

Langfristig direkte S-Bahn-Strecke Potsdamer Platz – Moritzplatz – Görlitzer Bf. – Elsenstr. – Plänterwald

Alte historische U- und S-Bahn-Planungen sollten nicht außer Acht gelassen werden, weil sie von heute kaum noch vorhandener Weitsicht zeugen. Das S-Bahn-Netz würde enorm aufgewertet werden, wenn die teilungsbedingt vor dem Treptower Park abknickende Bahnstrecke aus Richtung Schöneweide mit einer Linie über den Görlitzer Bahnhof und Moritzplatz zum Potsdamer Platz geführt würde. Wir fordern eine Machbarkeitsstudie für diese Strecke, die zwischen Potsdamer Platz und der Grenze zu Treptow-Köpenick in Tunnellage geführt werden könnte. Wasser-Taxi zwischen Nalepastraßen-Gelände und Jannowitzbrücke. Eine Verkehrsstrasse ist vorhanden, ohne dass man sie bauen müsste: Die Spree! Als zusätzliches Angebot zur Entlastung vorhandener Verkehrsmittel sollte eine Wasser-Taxi-Linie zwischen Oberschöneweide und Jannowitzbrücke eingerichtet werden. Das Beispiel Potsdam zeigt, dass ein derartiges Angebot angenommen wird und funktioniert!

Netz im Netz

Wer telefonieren will oder Internet braucht während seiner Fahrt, hat in Berlin und in Friedrichshain-Kreuzberg oftmals kein Netz. Dies ist 2026 nicht mehr hinnehmbar. Wer beispielsweise mit der Ringbahn über Frankfurter Allee oder zwischen Ostkreuz und Treptower Park fährt, kennt diese Probleme. Der Bezirk soll sich dafür einsetzen, weiße Flecken des Mobilfunknetzes zu beseitigen und die vielbefahrenen ÖPNV-Linien entsprechend zu versorgen.

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Der motorisierte Individualverkehr ist das Stiefkind der gegenwärtigen Verkehrspolitik im Bezirk. Die ideologische Spaltung in für und gegen das Auto blockiert eine zukunftsorientierte Mobilitätspolitik in unserem Bezirk. Wir Freien Demokraten wollen kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander der Verkehrspolitik. Dazu gehört es anzuerkennen, dass wesentliche Teile unserer Bevölkerung zum Beispiel zur Ausübung ihres Berufes auf ein Auto angewiesen sind. Gleichzeitig müssen wir uns aktiv mit den negativen Begleiterscheinungen des Automobils beschäftigen. Dies ist zum einen der sehr hohe Flächenverbrauch und zum anderen sind dies die lokalen Emissionen (Lärm, Abgase etc.). Wir setzen uns daher dafür ein, mit einer zielorientierten Verkehrspolitik den Schwächen des MIV zu begegnen und das Auto als gleichberechtigten Teil eines effizienten Mobilitätsmix für unseren Bezirk zu gestalten. Für die Straßen selbst wollen wir ortsbezogen die richtige Tempobegrenzung festlegen. So fordern wir beispielsweise Tempo 50 auf der Skalitzer Straße oder eine temporäre Fußgängerquerung in der oberen Friesenstraße dauerhaft einzurichten zwischen Einmündung Schwiebusser Straße und Columbiadamm, um eine bestehende Tempo-30-Zone umzusetzen.

Volle Fahrt für die A100

Wir setzen uns für einen leistungsfähigen Verkehrsfluss, gerade um die Innenstadtkieze zu entlasten, in ganz Berlin ein. Dazu gehört vor allem der zügige Weiterbau der A100, um bestehende Verkehrsachsen sinnvoll zu verbinden und Durchgangsverkehr aus Wohnstraßen herauszuhalten. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur entlastet Kieze, verbessert die Erreichbarkeit des Bezirks und sorgt dafür, dass Wirtschaft, Handwerk und Lieferverkehr zuverlässig arbeiten können. Der Ausbau der A100 muss daher konsequent vorangebracht werden, während gleichzeitig Maßnahmen zur Lärmreduktion und zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Das aktuelle Ende der A100 am Treptower Park hat auch große Nachteile für unsere Kieze,

darum setzen wir uns für den Weiterbau bis Pankow ein. Gleichzeitig fordern wir den Senat auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass bis Ende 2027 eine verbindliche Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen wird. Es kann nicht sein, dass sich die Planungen für einen nur wenige Kilometer langen Abschnitt über Jahrzehnte hinziehen. Aktuelle Berichte, die von einer Planungszeit von mehr als 20 Jahren ausgehen, sind nicht hinnehmbar. Alle notwendigen Prüfungen müssen deshalb innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden, um endlich Klarheit zu schaffen und die provisorische Nutzung der Grundstücke entlang der Trasse zu beenden. Sollte bis Ende 2027 keine Entscheidung zustande kommen, müssen auch alternative Nutzungen für die betroffenen Flächen ernsthaft geprüft werden. Unser Ziel ist Planungssicherheit für Anwohnerinnen und Anwohner, Eigentümer, Wirtschaft und Bezirk.

Parkraumknappheit entgegenreten durch eine faire und effiziente Parkraumbewirtschaftung

Parkraumknappheit kostet Zeit, Nerven und führt durch erhöhten Parkplatzsuchverkehr zu stärkeren Feinstaub-, Lärm- und CO₂-Emissionen. Um die vorhandenen Parkplätze fairer und effizienter zu nutzen und gleichzeitig das Angebot an Parkraum zu erhöhen, ohne das Auto noch prägender im Stadtbild zum Vorschein treten zu lassen, fordern wir ein Parkraumbewirtschaftungskonzept mit folgenden Bestandteilen: In Gebieten mit Parkraumknappheit fordern wir eine Parkraumbewirtschaftung mit dynamischen, nachfrageabhängig gebildeten Preisen, die sich näher an den Opportunitätskosten des tatsächlichen Flächenverbrauchs orientieren sollen als bisher. Nur so wird gewährleistet, dass die Kosten des motorisierten Individualverkehrs nicht auf die Gesellschaft übergewälzt werden. Die Parkplatzsuche und -bezahlung soll durch weitere digitale Angebote erleichtert werden; durch Smart-City-Infrastruktur kann auf Nutzerwunsch auch eine automatisierte Abrechnung ermöglicht werden. Die Änderungen an der Bepreisung sollen auch und gerade für das Anwohnerparken greifen. Selten oder nie genutzte Fahrzeuge werden so in Gebiete mit weniger Parkraumknappheit verlagert. Zudem wird nur so gewährleistet, dass die Kosten für privat geschaffene neue Parkmöglichkeiten – insbesondere Tiefgaragen – zu Parkplätzen im öffentlichen Straßengebiet wettbewerbsfähig werden. Den Bau von Tiefgaragen begrüßen wir und wollen Genehmigungen erleichtern, denn nur durch sie wird die Parkraumknappheit verringert, ohne in das Stadtbild einzugreifen. Eine künstliche Verknappung von Parkplätzen lehnen wir hingegen ab. Wir wollen hingegen aber gezielter gegen Falschparker vorgehen. Beispiel ist das Pilotprojekt in Heidelberg. Hierbei wird mit einem KI-gestützten Kontrollwagen gegen Falschparker vorgegangen, was deutlich schneller geht als Mitarbeiter des Ordnungsamtes zu Fuß.

Pollerwahnsinn beenden – Anwohnermitbestimmung stärken

In unserem Bezirk haben viele Anwohner das Gefühl, dass ganze Wälder an neuen Pollern aus dem Boden sprießen, ohne dass sie dabei miteinbezogen wurden. Weitere Wege sind die Folge, kaum Durchkommen mehr für Lieferanten und Rettungskräfte. Der Bezirk schreibt sich auf die Fahnen, mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe zu stehen, hier ignoriert er aber jegliche berechtigte Kritik. Wir wollen eine Stadt, die lebenswert ist – für alle. Das bedeutet: mehr Lebensqualität, mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, mehr Grünflächen und weniger Lärm. Aber das darf nicht auf Kosten von Teilhabe, Mobilität und sozialer Gerechtigkeit geschehen. Eine gerechte Stadtentwicklung muss alle mitdenken – unabhängig vom Alter, Einkommen, Verkehrsmittel oder von der körperlichen Verfassung. Wir gönnen jedem Anwohner seine Ruhe, wollen aber nicht in einer sterilen „Pollerburg“ leben. Stattdessen wünschen wir uns lebendige, sichere und vielfältige Stadtteile. Statt Pollern wollen wir vermehrt über Einbahnstraßen zur Verkehrsberuhigung nachdenken, sowie mit Hilfe von Aufpflasterungen, asphaltierten Schwellen, oder der Verengung der Fahrbahn durch Begrünung oder Blumenkübel die Geschwindigkeiten bei der Durchfahrt in den Kiezen reduzieren. Demokratische Kultur entsteht dort, wo Menschen wirklich mitgestalten dürfen – nicht nur auf dem Stimmzettel alle paar Jahre, sondern im Alltag, bei den Fragen, die ihr direktes Umfeld betreffen. Deshalb fordern wir: Mitbestimmung muss zwingend eingehalten werden.

Carsharing zur Steigerung der Flächeneffizienz

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass in allen Ortsteilen Friedrichshain-Kreuzbergs alle Bürgerinnen und Bürger in höchstens 500 Meter Laufweite ein oder mehrere dezidierte Carsharing-Parkplätze erreichen kann. Gleichzeitig sollen die stationären Carsharing-Angebote von Parkgebühren ausgenommen sein, um die kommerzielle Tragfähigkeit ihres Geschäftsmodells zu unterstützen. Mit stationärem Carsharing fördern wir ein zweites Instrument zur Steigerung der Flächeneffizienz des MIV. Damit können insbesondere Haushalte, die ihr Auto nur wenige Tage im Monat benötigen, auf dieses verzichten und haben gleichzeitig Alternativen zur Verfügung.

Einzelhandel stärken – Brötchentaste einführen

Wir wollen den lokalen Einzelhandel stärken und kurze Besorgungen im Kiez erleichtern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die sogenannte Brötchentaste auch in Friedrichshain-Kreuzberg einzuführen. An ausgewählten Parkscheinautomaten soll ein gebührenfreies Kurzzeitparken von 15 bis 30 Minuten ermöglicht werden. Durch ein einfaches Gratisticket am Automaten können Bürgerinnen und Bürger kurze Stopps für Einkäufe oder Besorgungen unkompliziert erledigen. So entlasten wir Kundinnen und Kunden, stärken den stationären Einzelhandel und unterstützen lebendige Kiezstrukturen.

Reduktion der lokalen Emissionen

Wir wollen bis 2030 eine Komplettausrüstung des öffentlichen Parkraums mit Ladeinfrastruktur, da viele Autobesitzer in Friedrichshain-Kreuzberg keinen eigenen Parkplatz besitzen. Es wird Aufgabe der öffentlichen Hand sein, öffentliche Ladeinfrastruktur bereitzustellen. Dazu ist das Bezirksgebiet Friedrichshain-Kreuzberg in Konzessionsgebiete aufzuteilen, um die sich dann private und/oder öffentliche Ladestationsbetreiber für einen festen Zeitraum von zum Beispiel 10-15 Jahren (Lebensdauer einer öffentlichen Ladestation) bewerben können. Wir gehen perspektivisch davon aus, dass hieraus Konzessionsabgaben für den Bezirks als eine neue Einnahmequelle erwachsen. Um die E-Mobilität zu fördern, sollten die bereits ausgerüsteten Parkplätze exklusiv für e-Fahrzeuge reserviert sein. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Entgeltabrechnung für das Parken und das Laden integriert erfolgt. Mit dem elektrischen Antrieb gehen mit Ausnahme der Lärmemissionen alle anderen lokalen Emissionen auf null zurück. Die lokalen Lärmemissionen werden aber auch wesentlich reduziert, es verbleiben lediglich die Rollgeräusche. Wir unterstützen ebenfalls das Angebot alternativer Kraftstoffe wie R-fuels, E-fuels oder Biofuels. Diese begleiten die Antriebstransformation sinnvoll mit.

Barrierefreiheit weiter denken

Wir Freien Demokraten verstehen Barrierefreiheit umfassend. Sie bezieht sich auf die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Plätzen, auf abgesenkte Bordsteinkanten und ebene Gehwege wie auch auf die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums für alle Menschen.

Radverkehr

Mobilität ist ein Zukunftsthema, bei dem durch Innovationen, neue Technologien und moderne Verkehrsplanung erhebliche Verbesserungspotenziale gehoben werden können. Für uns ist Mobilität dabei immer auch eine Frage von Freiheit. Gerade in einem urbanen Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg muss es darum gehen, Menschen selbstbestimmte, flexible und alltagstaugliche Fortbewegung zu ermöglichen. Das Fahrrad ist dafür in besonderer Weise das Verkehrsmittel der Freiheit: Es benötigt keine Versicherung, ist vergleichsweise günstig, kann oft selbst repariert werden, bringt Menschen direkt ans Ziel und ermöglicht individuelle Mobilität unabhängig von Fahrplänen, Staus oder Parkplatzsuche.

Als Grundpfeiler einer zukunftsorientierten urbanen Mobilität gewinnt der Radverkehr deshalb zu Recht immer mehr an Bedeutung. Gleichzeitig werden bestehende unsichere und ineffiziente Verkehrsverhältnisse allzu oft einfach hingenommen, obwohl es gerade in Friedrichshain-Kreuzberg große lokale Potenziale gibt, den gemeinsamen Verkehrsraum sicherer, harmonischer und effizienter für alle Verkehrsteilnehmer zu gestalten.

Erfolgreiche und kostengünstige Konzepte aus anderen Städten, wie Kopenhagen, Hannover, oder New York zeigen, dass messbare Verbesserungen für Menschen, Wirtschaft, Stadt und Umwelt möglich sind.

Eine starke lokale Fahrradpolitik nützt dabei nicht nur denjenigen, die bereits Rad fahren. Mehr Radverkehr macht den öffentlichen Raum lebendiger, erhöht die Aufenthaltsqualität und stärkt auch das lokale Gewerbe. Wer sich sicher, unkompliziert und spontan durch den Kiez bewegen kann, hält sich häufiger vor Ort auf, kauft lokal ein und nutzt die Angebote im eigenen Umfeld. Deshalb setzen wir Freie Demokraten auf eine Stärkung der lokalen Fahrradpolitik in Friedrichshain-Kreuzberg, die Verkehrsflüsse effizienter, sicherer und stadtverträglicher gestaltet. Die Verwaltung soll dafür klare Zielkorridore für Verbesserungen der Verkehrssituation festlegen und anschließend transparent kommunizieren, welche messbaren Fortschritte tatsächlich erreicht wurden.

Mehr Fahrradstraßen ausweisen

Statt holpriger Radwege fordern wir eigene Fahrstreifen für Radfahrer. Diese sollen entsprechend markiert sein. Überlegungen zu einer Errichtung der „Radbahn“ unterhalb der U-Bahn-Strecke der U1 unterstützen wir. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Straßen in Friedrichshain-Kreuzberg in paralleler Führung zu Hauptverkehrsstraßen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden, wie beispielsweise die Linienstraße im Bezirk Mitte zur Torstraße. Dies soll insbesondere dort passieren, wo ein Radweg städtebaulich direkt neben der Fahrbahn keinen Sinn macht. Dabei ist die Anbindung an Fahrradrouten angrenzender Bezirke zu berücksichtigen.

Protected Bike Lanes nachhaltig gestalten: Naturvielfalt statt Baustellencharakter

Es hat sich ausgepollert. Wir wollen Protected Bike Lanes, also geschützte Radwege, in Friedrichshain-Kreuzberg ausweiten. Beispielsweise in der Oranienstraße klagen Anwohner über die Gefahren schlecht geschützter Radwege. Wir fordern das Bezirksamt auf, Protected Bike Lanes aber nicht wie bisher mit Pollern zu schützen. Stattdessen sollen begrünte Streifen den Radverkehr vom KFZ-Verkehr trennen. Somit schaffen wir nicht nur ein ansehnliches Straßenbild, sondern fördern damit das Stadtklima und die Insektenvielfalt. Außerdem tragen wir zur dringend notwendigen Entsiegelung in der Stadt bei. Somit kann Wasser besser versickern, wovon das Grundwasser und die Pflanzenwelt profitieren. Der Umbau des Kottbusser Damms soll diesem Prinzip folgen.

Pop-up Radwege dürfen kein Provisorium bleiben

Während der Corona-Krise richtete das Bezirksamt zahlreiche sogenannte Pop-up Radwege ein, also Radwege die lediglich temporär als Baustelleneinrichtung eingeführt werden. Wir Freie Demokraten betrachten dieses Vorgehen kritisch. Die Umsetzung dieser Radwege wurde durch uns in der BVV längst mitbeschlossen. Jedoch sollen dort „richtige“, permanente Radwege entstehen. Zwar ist es zu begrüßen, dass die Umsetzung der Radwege schnell durchgeführt wurde, wenn diese auch sinnvoll waren. Wir fordern daher eine Prüfung und Offenlegung von Nutzerzahlen der Radwege bei jedem neuen provisorischen Radweg, bevor er verstetigt wird. Gleichzeitig fordern wir ein Monitoring bereits bestehender Radwege, das deren Sinnhaftigkeit und eine mögliche Zusammenlegung zu einer großen Fahrradstraße prüft.

Wiederaufbau der Brommybrücke als Rad- und Fußgängerbrücke

Die Verbindung zwischen Kreuzberg und Friedrichshain ist mangelhaft. Auf den wenigen Brücken drängen sich Auto-, Rad- und Fußverkehr mit hohem Konfliktpotenzial. Der Zustand ist untragbar. Deshalb setzten wir uns bereits in der vergangenen Wahlperiode für den Neubau der einstigen Brommybrücke als Rad- und Fußverkehrsbrücke ein. Mit mehreren Anträgen und Anfragen haben wir das Bezirksamt aufgefordert, den Bau der Brommybrücke in die Wege zu leiten. Bisher wurde vom Bezirksamt jedoch nichts unternommen. Wir kämpfen weiter für diese Maßnahme, da eine zusätzliche Brücke über die Spree den Flaschenhals deutlich entspannt. Die Brommybrücke verbindet die Ortsteile Kreuzberg und Friedrichshain über die Spree und befindet sich in der Nähe der East Side Gallery, der Oberbaumbrücke und Mediaspree.

Grüner Pfeil für Radverkehr

Seit April 2020 ermöglicht die StVO die Errichtung grüner Pfeile nur für Radfahrerinnen und Radfahrer. Wir wollen diese Möglichkeit nutzen, um gerade gefährliche Kreuzungen zu entschärfen. Abbiegeunfälle sind die gefährlichsten Unfälle für Radfahrer. Der grüne Pfeil für Radfahrer würde dafür sorgen, dass die Radfahrer in der Regel schon abgebogen sind, bevor etwa ein LKW in die Kreuzung abbiegt. Viele Unfälle können dadurch vermieden werden. Radfahrer müssen dennoch vor dem Abbiegen an der Kreuzung anhalten, um insbesondere kreuzende Fußgänger nicht zu gefährden. Deutlich ausgeweitete Kontrollen sollen für die Einhaltung der Regeln und für eine höhere Sicherheit sorgen.

Verkehrssicherheit erhöhen – Kontrollen ausweiten

Wir wollen erreichen, dass jeder Radfahrer und jede Radfahrerinnen in Berlin und Xhain sicher ans Ziel kommt, aber auch Fußgänger besser geschützt werden. Verkehrskontrollen sind unabdingbar. Diese wollen wir ausweiten und Verkehrsverstöße konsequent ahnden. Das Fahren über rote Ampeln, die Benutzung von Gehwegen durch Radfahrer, aber auch das Parken auf Radwegen durch Autofahrer muss der Vergangenheit angehören. Dazu brauchen wir als Bezirk eine Neuausrichtung des Ordnungsamtes, eine operative Zusammenarbeit mit der Polizei und eine effektivere Zusammenarbeit mit Abschleppdiensten. Denn wenn Kontrollen alltäglich und sichtbar sind, das Ordnungsamt mit Abschleppdiensten gemeinsam auf Patrouille geht und eine bezirkseigene Fahrradstaffel die Regel wird, dann können wir den Radverkehr sicherer machen.

Konfliktzone Bushaltestelle entschärfen

An zahlreichen Stellen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg werden Fahrradwege auf dem Gehweg direkt an Bus- oder Tramhaltestellen sowie an den Ausgängen der U-Bahn vorbeigeleitet. Wir wollen diese Gefahrenstellen durch das Anbringen geeigneter Markierungen entschärfen. Möglich ist bei benutzungspflichtigen Radwegen beispielsweise die Rotfärbung des Fahrradwegabschnitts und/oder das Aufbringen von amtlichen Fahrradpiktogrammen. Bei nicht benutzungspflichtigen Radwegen kann auf eine Grünfärbung und/oder das Aufbringen stilisierter Fahrradsymbole ausgewichen werden. In der vergangenen Wahlperiode haben wir dies bereits gefordert. Erfolglos – der Antrag wurde von den regierenden Parteien abgelehnt.

Zentrale Parkplätze und aufeinander abgestimmte Strecken für Autos und Fahrräder

Die Ausweisung von Parkplätzen für Autos und Fahrräder muss neu überdacht werden. Insbesondere auf großen Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen führen Parkvorgänge bei gleichzeitigem Fahrradverkehr zu erheblich reduzierter Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer.

Fahrradstationen an U- und S-Bahn Stationen einrichten

An zahlreichen großen Bahnhöfen gibt es bisher nicht einmal offizielle Stellplätze, um sein Fahrrad sicher abzustellen. Um Synergien zwischen ÖPNV und dem Fahrrad zu schaffen, wollen wir Fahrradstationen, oder direkt JELBI-Stationen, an allen wichtigen U- und S-Bahn Stationen errichten. Diese sollen überdacht, bewacht und bestenfalls als Parkhaus konzipiert werden. Diese sollen außerdem mit Luft- und Reparaturstationen sowie Ladestationen für E-Bikes ausgestattet sein. Somit soll nach und nach dem wilden Abstellen sowie dem vermehrten Aufkommen von „Fahrradleichen“ entgegengewirkt werden. Auch wirken wir so den in Berlin extrem hohen Fällen an Fahrraddiebstahl entgegen. Radfahrerinnen und Radfahrer müssen Sicherheit haben, dass ihr Rad noch dort steht, wo sie es abgestellt haben.

Sicherheit für Fußgänger

Wir wollen die Sicherheit im öffentlichen Raum spürbar verbessern – besonders für Kinder, Jugendliche und Familien. Deshalb setzen wir uns für ein Konzept sogenannter „Lichtstraßen“ ein. Auf ausgewählten Nebenstraßen und Wegen, insbesondere rund um bekannte Kriminalitäts- oder Gewalt-Hotspots, soll die öffentliche Beleuchtung gezielt ausgebaut und modernisiert werden. Gut ausgeleuchtete Wege erhöhen das Sicherheitsgefühl, beugen Kriminalität vor und sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche auch in den

Abendstunden sicher nach Hause kommen. Moderne, energieeffiziente Beleuchtung kann dabei gleichzeitig zur Sicherheit und zu einer verantwortungsvollen Stadtentwicklung beitragen.

Beschädigte Gehwege barrierefrei machen

Wir wollen sichere und barrierefreie Gehwege in Friedrichshain-Kreuzberg. Viele Bürgersteige im Bezirk – etwa in der Oppelner Straße und anderen Nebenstraßen – sind durch beschädigtes oder schlecht wieder eingesetztes Pflaster nach Bauarbeiten in einem schlechten Zustand. Das erschwert besonders älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, Eltern mit Kinderwagen oder Personen mit Mobilitätshilfen den Alltag. Wir setzen uns deshalb für eine systematische Sanierung beschädigter Gehwege und klare Qualitätsstandards bei der Wiederherstellung nach Bauarbeiten ein. Wer Straßen und Gehwege aufreißt, muss sie anschließend fachgerecht und dauerhaft barrierefrei wiederherstellen. Gleichzeitig wollen wir Instandhaltung und Kontrolle verbessern, damit unsere Gehwege wieder sicher, eben und für alle nutzbar werden.

4. Liberale Ordnungs- und Sicherheitspolitik in Friedrichshain-Kreuzberg

Wir lieben Freiheit. Aber für uns Friedrichshain-Kreuzberger Liberalen ist klar, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt. Wir haben aufeinander achtzugeben, füreinander da zu sein und füreinander einzustehen. Wir Freie Demokraten bekennen uns ebenfalls zu dem Grundsatz der Freiheit der Meinungen und Lebensweisen. Wir stehen aber auch zum zweiten Teil des Grundsatzes: Bei aller Toleranz und Akzeptanz muss immer gewährleistet sein, dass dabei die Rechte anderer nicht verletzt werden. Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk wohl und akzeptiert fühlen. Wir wollen ein friedliches Miteinander und keine rechtsfreien Räume, in denen einzelne ihre Interessen durch Straftaten durchsetzen und über das Wohlbefinden anderer stellen. Insbesondere wollen wir, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger wohl fühlt, nicht von Müll geplagt wird und zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Verunsicherung das Haus verlassen und durch den Kiez ziehen kann.

Ein lebenswerter öffentlicher Raum für ein friedliches Miteinander

Friedrichshain-Kreuzberg hat ein grundsätzliches Sauberkeitsproblem – in den Straßen, auf den Plätzen und in den Parks. Illegale, egoistische Müllablagerungen, „Schmuddelecken“, Vandalismus und ungepflegte Pflanzenbestände haben negative Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsempfinden, ziehen gesundheitliche Folgen nach sich, wie beispielsweise Rattenplagen, sind keine gute Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Gesellschaft. Gerade als stark verdichteter Bezirk ist eine saubere, nicht verwahrloste Umwelt Pflicht, um den öffentlichen Raum als wahren Frei- und Erholungsraum zu erhalten, in dem sich jeder gerne aufhält.

Die Egal-Haltung überwinden

Eines der großen Probleme in unserem Bezirk sind nicht nur Kriminalität, Unordnung und Gewalt, sondern ihre zunehmende Tolerierung. Eine gesellschaftliche Egal-Haltung gegenüber Regelverstößen, Verwahrlosung und Vandalismus untergräbt den Rechtsstaat und das Zusammenleben. Diese Haltung muss auf allen Ebenen überwunden werden – beginnend in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Nur wenn Respekt vor Regeln, öffentlichem Eigentum und dem Mitmenschen selbstverständlich wird, kann ein gesellschaftliches Klima entstehen, das Sicherheit, Sauberkeit, gegenseitige Rücksicht und somit individuelle Freiheit fördert. Sowohl Zugezogene als auch Alteingesessene sollen unseren Bezirk als ihr Zuhause begreifen. Wer hier lebt, soll sich verantwortlich fühlen für den Zustand seines Umfelds. Wir wollen ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl fördern – im Sinne des Leitgedankens: Berlin ist unser Zuhause. Langfristig braucht unser Bezirk eine konsequente Präventionsstrategie, die Bildung, Sozialarbeit und kommunale Verantwortung verbindet. Gleichzeitig gilt: Prävention ersetzt nicht den Rechtsstaat. Straftaten und Vandalismus müssen konsequenter verfolgt und geahndet werden. Nur eine verlässliche Durchsetzung von Recht und Ordnung schafft Vertrauen und Sicherheit. Dazu gehört auch, das gesellschaftliche Ansehen von Polizei- und Ordnungsbeamten zu stärken. Hass und Hetze gegen Einsatzkräfte dürfen nicht toleriert werden. Wer täglich für Sicherheit und Ordnung sorgt, verdient Respekt

und politische Rückendeckung. In unserem Bezirk darf es keine rechtsfreien Räume geben. Niemand darf seine Interessen durch Straftaten durchsetzen oder das Wohlbefinden anderer missachten. Deshalb setzen wir auf sichtbare Polizeipräsenz, insbesondere an bekannten Angsträumen.

Konsequente Ahndung

Die illegale Ablagerung von Müll nimmt in Bezirk wie in der gesamten Stadt zu. Sie kann je nach Art des Abfalls auch Schadstoffe an die Umwelt abgeben. Parolen und Name-Tags verschmieren Wände. Gedenk- und Hinweistafeln, Parkbänke, Spielgeräte auf Spielplätzen, Wartehäuschen und Parkautomaten sind regelmäßig von Vandalismus betroffen. Fäkalien und Drogenbesteck verschmutzen die Parks und Spielplätze. Wir dulden das egoistische und unsoziale Verhalten einiger weniger nicht. Kontrollen durch ein gestärktes Ordnungsamt müssen ausgeweitet und Strafen, insbesondere für kriminelle, extremistische und gewaltverherrlichende Symbole, konsequenter verhängt werden. Zudem müssen die vom Senat bereitgestellten Stellen der "Waste Watchers" endlich besetzt werden, sodass diese ihre Aufgaben machen können und Müll schnell und rund um die Uhr melden.

Ein gestärktes Ordnungsamt

Das Ordnungsamt ist eine zentrale Säule bezirklicher Sicherheit. In unserem Bezirk fehlt ihm jedoch häufig die notwendige politische Unterstützung sowie eine effiziente Verwaltungsstruktur. Wir wollen das Ordnungsamt im Außendienst personell besser ausstatten und den Fokus auf Sauberkeit im öffentlichen Raum legen. Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Parks soll der illegalen Müllablagerung und der Verschmutzung des Bezirks sowie Vandalismus und Schmierereien der Kampf angesagt werden. Dazu wollen wir beispielsweise Stellen im Bezirksamt aus dem Bereich „Vorkaufsrecht“ in den Bereich Ordnungsamt umschichten. Wir wollen das Ordnungsamt organisatorisch stärken und seine Arbeit deutlich effektiver machen. Dazu gehören attraktivere Arbeitsbedingungen, damit mehr qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden können, dezentralere Strukturen, damit das Ordnungsamt näher an den Kiezen und ihren Problemen arbeiten kann und eine bessere Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger, sowohl digital über Apps als auch über persönliche Anlaufstellen für Beschwerden und Hinweise. Meistens kommen die Verursacher im Schutz der Nacht oder an Sonn- und Feiertagen unbehelligt davon. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern mindert die Lebensqualität von Anwohnerinnen und Anwohnern enorm. Unsere Lösung ist daher ein Ordnungsamt ohne Öffnungszeiten – Ordnung ist immer. Die Polizei macht schließlich auch nicht Feierabend. Für die Änderung der Arbeitszeitverordnung und die entsprechende Ausstattung mit Personal werden wir uns einsetzen. Unser Ziel ist ein Ordnungsamt, das sichtbar, handlungsfähig und serviceorientiert arbeitet.

Höhere Reinigungsfrequenz

Wir setzen uns für eine höhere Reinigungsfrequenz in öffentlichen Räumen, Parks und Straßen ein. Nur die konsequente Sauber- und Instandhaltung von Straßen, Plätzen und Parks verhindert eine beständige Neuentwicklung von „Schmuddelecken“, die von Bezirk und Ämtern aufgegeben und kaum noch genutzt erscheinen. Bildlich gesprochen: Wird eine zerbrochene Fensterscheibe nicht schnell repariert, sind im Haus bald alle Fenster zerbrochen. Und: Unsere Straßen sind kein Matratzenlager. Das gilt es zu verhindern, durch schnelleres Aufräumen, aber auch durch schnelles Ahnden, denn nicht der Staat, sondern die Bürgerinnen und Bürger hinterlassen unseren öffentlichen Raum so. Ausgebrannte Verkehrsmittel, wie Unfallwagen oder Roller, sind innerhalb von zwei Wochen zu beseitigen.

Saubere und sichere Grünanlagen für alle

Öffentliche Grünanlagen, Straßen und Gehwege prägen die Lebensqualität in unserem Bezirk. Ungepflegte Grünflächen, überwuchernde Pflanzen oder mangelhaft instand gehaltene Wege beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild, sondern können auch zu echten Sicherheitsrisiken für Fußgängerinnen, Fußgänger und Radfahrende werden. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine regelmäßige und verlässliche Pflege öffentlicher Grünanlagen sowie eine konsequente Instandhaltung von Straßenrändern und Gehwegen ein. Unser Ziel ist ein sauberer, sicherer und attraktiver öffentlicher Raum, in dem sich alle Menschen frei und sicher bewegen können.

Dazu gehören klare Zuständigkeiten, effizientere Abläufe in der Verwaltung und eine bessere personelle Ausstattung der zuständigen Stellen.

Spielplätze sind kein Luxusgut

Kinderfreundliche Stadtentwicklung beginnt mit gut ausgestatteten Kitas und sauberen, sicheren und attraktiven Spielplätzen. Spielplätze sind kein Luxus, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge für Familien in unserem Bezirk. Das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm leistet seit Jahren einen wichtigen Beitrag dazu, diese Orte instand zu halten und zu modernisieren. Umso unverständlicher ist es, dass die Mittel dafür gekürzt wurden. Wenn an Spielplätzen und Kitas gespart wird, trifft das Familien unmittelbar im Alltag. Für Friedrichshain-Kreuzberg stehen dadurch weniger Mittel zur Verfügung, mit der Folge, dass dringend notwendige Sanierungen verschoben werden müssen. Das ist das falsche Signal für einen Bezirk, in dem viele Kinder und junge Familien leben. Gerade deshalb muss das Bezirksamt seine Prioritäten neu ordnen. Notwendige Sanierungen von Kitas und Spielplätzen dürfen nicht an falschen Schwerpunktsetzungen oder verzichtbaren Ausgaben scheitern. Wir wollen, dass vorhandene Mittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen für Familien stiften. Dazu gehört auch, zusätzliche Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene konsequent zu nutzen und, wo sinnvoll, Kooperationen mit privaten, gemeinnützigen oder zivilgesellschaftlichen Partnern zu prüfen, um dringend benötigte Projekte schneller umzusetzen. Gleichzeitig erwarten wir mehr Transparenz darüber, welche Kitas und Spielplätze mit den verfügbaren Mitteln saniert werden und nach welchen Kriterien diese Prioritäten gesetzt werden. Familien müssen nachvollziehen können, welche Maßnahmen geplant sind und warum andere Projekte zurückgestellt werden. Eine verlässliche, bedarfsgerechte Sanierungspolitik braucht klare Prioritäten und eine ehrliche Kommunikation. Für uns gehört dazu auch, dass Spielplätze und das Umfeld von Kindertagesstätten sauber und sicher gehalten werden. Immer häufiger werden auf Kinderspielplätzen Drogenbestecke, Fäkalien und anderer Müll hinterlassen. Das ist nicht nur unzumutbar, sondern stellt auch ein ernstes Gesundheitsrisiko für Kinder dar. Wir fordern deshalb einen klaren Schwerpunkt bei Reinigung, Kontrolle und Instandhaltung auf Spielplätzen sowie im Umfeld von Kitas. Vandalismus und Verwahrlosung dürfen nicht hingenommen werden. Der Bezirk muss Schäden zügig beseitigen, Folgekosten vermeiden und Verursacher konsequent verfolgen.

Das ist auch Kunst – für legale Graffiti-Wände

Unser Bezirk lebt von seinen zahlreichen und künstlerischen Gemälden und Graffitis auf Gebäudewänden. Wir fordern deshalb, mehr legale Graffiti-Wände im Bezirk einzurichten. Sie können in Parks errichtet oder an bezirks- und landeseigenen Gebäuden ausgewiesen werden. Wenn der schuleigene Wunsch besteht, können sie auch an einzelnen Schulen für deren Schüler eingerichtet werden. Im Zuge von Neubauvorhaben sollten diesbezüglich auch Kooperationen mit privaten Eigentümern eingegangen werden. Schmierereien und Parolen sollen im Gegenzug stärker geahndet werden, dazu soll sich der Bezirk im Land einsetzen.

Mülleimer: größer, intelligenter, vernetzter

Überfüllte Mülleimer sollen nicht länger zum Straßenbild gehören. Denn Müll gehört in den Eimer, nicht daneben. Wir fordern daher eine höhere Frequenz bei der Leerung. Außerdem sollen mehr und größere Abfallbehälter an stark belasteten Stellen aufgestellt werden. Seitdem die Parkreinigung teilweise von unserem Bezirk auf die BSR übertragen wurde, sind deutliche Verbesserungen aufgetreten. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle weiteren Grünflächen, die derzeit noch von unserem Bezirk gereinigt werden, künftig auch in Zuständigkeit der BSR liegen. Eine bessere Alternative wären allerdings „Smarte Mülleimer“, die ab einem bestimmten Füllstand (z. B. 80 Prozent) eine Meldung an die Abfallentsorgung absetzen. So kann digital und nach Notwendigkeit ein Mülleimer geleert werden. Auch zerstörte Mülleimer könnten somit schnell ersetzt werden.

Müll-Roboter für Friedrichshain-Kreuzberger Parks

Zur Erleichterung der Parkreinigung fordern wir die Anschaffung von Müll-Robotern. Diese wurden von einem Münchner Start-Up entwickelt und haben bereits die Marktreife erreicht, die BSR hat sie schon testen können. Der Müllroboter befreit Wiesen von Mikromüll, wie bspw. Kronkorken, Zigaretten oder Glasscherben. In einer

Testphase könnten die Müll-Roboter im Görlitzer Park, am Mariannenplatz oder am Blücherplatz eingesetzt werden. Gleichzeitig regen wir die Entwicklung von Müllrobotern an, die auch unsere Straßen reinigen können. Wer, wenn nicht wir, als kreativer Start-Up-Bezirk, sollte das hinkriegen.

Sperrmüllpartys für Nachhaltigkeit

Um der illegalen Entsorgung von (Sperr-)Müll im Straßenland entgegenzuwirken, wollen wir den BSR-Kieztag zu „Sperrmüllpartys“ im Bezirk weiterentwickeln und häufiger stattfinden lassen. Diese Veranstaltungen sollen – ähnlich wie Flohmärkte – in den Kiezen zu festen Tagen im Jahr stattfinden und bürgerschaftlich organisiert sein. Die Aufgabe des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg besteht darin, die entsprechenden Flächen zu den bestimmten Tagen zur Verfügung zu stellen und in der Nachbarschaft bekannt zu machen.

Verschenken, aber nicht als Müll

Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Verbots von „Sammelkisten“ für Dinge, die „zu verschenken sind“ in Hauseingängen und auf dem Bürgersteig. Dazu schlagen wir ein dreistufiges Verfahren vor: zunächst als Brief an alle Bewohner im Haus mit der Bitte um Entfernung (inkl. Anzeige von möglichem Bußgeld) und den Hinweis auf mögliche Alternativen, dann als zweiter Schritt einen Brief mit einer Verwarnung mit Bußgeld für den Urheber. Als dritten Schritt fordern wir bei Nichtbezahlung einen weiteren Brief an die gesamte Hausgemeinschaft. Mit privaten Plattformen wie „nebenan.de“, den BSR-Sammelstellen / Tauschbörsen, karitative Einrichtungen oder Büchertelefonboxen bestehen gute Alternativen. Diese können im Bedarfsfall und je nach Lage stärker beworben und ausgebaut werden.

Recycling alltagstauglicher machen

Wir fordern an das moderne Arbeitsleben angepasste Öffnungszeiten von Recyclinghöfen sowie die Ausweitung des Abholservices gebührenfrei einmal im Jahr pro Haushalt. Aktuell schließen die Höfe wochentags am frühen Abend und haben samstags nur einen halben Tag geöffnet, hier bilden sich lange Schlangen. Das Sammeln von Rohstoffen und Sperrmüll muss einfacher und bequemer gestaltet werden, um das illegale Ablagern im öffentlichen Straßenland einzudämmen. Um Wartezeiten vor Recyclinghöfen zu minimieren, soll zusätzlich zur regulären Abgabe ohne Terminvereinbarung ein onlinebasiertes und kostenpflichtiges Zeit-Ticket-System („Fast Lane“) angeboten werden.

Befriedung konfliktbehafteter Gebiete: Gegen Kriminalität, Extremismus und Drogenhandel

In unserem Bezirk gibt es derzeit zahlreiche konfliktbehaftete und kriminalitätsbelastete Orte. Zu nennen sind insbesondere Kriminalität und Drogenhandel am Kottbusser Tor, Görlitzer Park oder auf dem RAW-Gelände. Hier fühlen sich viele Menschen im Alltag zunehmend unsicher, erleben Verwahrlosung und eine zunehmende Missachtung von Recht und Ordnung, sowie ihrer individuellen Freiheit. Zugleich erlebt der Bezirk immer wieder Hasspropaganda, Hetze und das bewusste Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander durch extreme Gruppierungen und Milieus. Besonders besorgniserregend sind linksextremistische, rechtsextremistische, antisemitische, antiziganistische und islamistische Hass- und Gewaltausbrüche gegen Menschen sowie gegen öffentliches und privates Eigentum. Für uns Freie Demokraten ist klar: Der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern – nicht den Lautesten oder Radikalsten, nicht den gewaltbereiten Aktivisten, kriminellen Strukturen oder politischen Extremisten. Wer öffentliche oder private Räume besetzt, um politische Forderungen durchzusetzen, stellt sich bewusst gegen den Rechtsstaat. Wir Freie Demokraten in Friedrichshain-Kreuzberg dulden solche Entwicklungen weder an den genannten Orten noch anderswo im Bezirk. Unser Ziel ist ein sicherer öffentlicher Raum, in dem Recht und Gesetz gelten und in dem sich alle Menschen frei und ohne Angst bewegen können. Wir setzen dabei auf gestärkte und mobile Polizeiwachen an geeigneten und stark konfliktgebehafteten Gebieten und eine Aufstockung des Ordnungsamtes. Gerade wer hier zu Gast ist, hat unsere Gastfreundschaft verdient. Wer diese allerdings in den Wind schlägt, wird bei uns die Härte des Rechtsstaats spüren. Als Liberale lehnen wir sowohl einen Polizeistaat als auch einen anarchistischen Bezirk ab.

Gewalt- und Straftäter und -täterinnen zur Rechenschaft ziehen

Ein Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass rechtsfreie Räume entstehen, die seinen Charakter, als rahmengebendes und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützendes Organ konterkarieren. Gewalt- und Straftaten müssen unmittelbar aufgeklärt werden, die Täterinnen und Täter müssen schnellstmöglich verurteilt und bestraft werden. Die Akzeptanz unserer Rechtsordnung ist nicht verhandelbar und reißt langsam unseren Geduldsfaden.

Extremismus die Stirn bieten

Wir Freie Demokraten stehen entschlossen für den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und treten jeder Form von Extremismus entschieden entgegen. Rechtsextremismus, Linksextremismus, Antisemitismus und religiös motivierter Extremismus bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und dürfen in einer offenen Gesellschaft keinen Platz haben. Rechtsextreme Ideologien, Menschenfeindlichkeit und politische Gewalt bekämpfen wir mit den Mitteln des Rechtsstaats, konsequenter Strafverfolgung, Prävention und politischer Bildung. Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität oder Lebensweise angreift oder ausgrenzt, stellt sich gegen die Werte unserer Demokratie. Gleichzeitig lehnen wir jede Verharmlosung extremistischer Tendenzen entschieden ab. Auch linksextreme Gewalt und die Duldung rechtsfreier Räume akzeptieren wir nicht. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Militante Strukturen, Angriffe auf Einsatzkräfte oder systematische Sachbeschädigung müssen konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig setzen wir auf wirksame Prävention, Ausstiegsprogramme und eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft. Antisemitismus bekämpfen wir mit aller Entschlossenheit. Jüdisches Leben muss in Deutschland sichtbar, sicher und selbstverständlich sein. Antisemitische Straftaten, Hass im Netz und Diskriminierung dürfen nicht toleriert werden und müssen konsequent verfolgt werden. Zugleich stehen wir klar zur Religionsfreiheit und zum Schutz aller Menschen vor Diskriminierung und Hass. Sinti und Roma sind seit Jahrhunderten Teil unserer Gesellschaft und dennoch weiterhin von Vorurteilen, Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. Wir Freie Demokraten treten Antiziganismus in jeder Form entschieden entgegen. Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer Minderheit benachteiligt, beleidigt oder ausgegrenzt werden. Deshalb setzen wir auf Aufklärung, den Schutz von Minderheitenrechten, konsequente Strafverfolgung bei Hasskriminalität sowie gleiche Chancen in Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir Freie Demokraten verteidigen die offene Gesellschaft gegen islamistische Ideologien, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und individuelle Freiheit ablehnen. Islamismus ist keine Frage der Religion, sondern eine extremistische politische Ideologie, die wir mit aller Konsequenz bekämpfen müssen. Dazu gehören starke Sicherheitsbehörden, eine bessere Prävention gegen Radikalisierung, die Zerschlagung extremistischer Netzwerke und eine konsequente Strafverfolgung. Gleichzeitig treten wir entschieden gegen antimuslimischen Hass ein. Musliminnen und Muslime sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und dürfen weder ausgegrenzt noch unter Generalverdacht gestellt werden. Eine liberale Gesellschaft schützt sowohl die Religionsfreiheit als auch die freiheitliche demokratische Grundordnung – und zieht dort klare Grenzen, wo Extremismus, Gewalt oder Unterdrückung beginnen.

Opferschutz nicht vergessen!

Bürgerinnen und Bürger in Friedrichshain-Kreuzberg werden aus dem extremistischen Milieu bedroht, es werden Stahlkugeln und Flaschen in Wohnungen geschossen, Haustüren und Briefkästen demoliert und Morddrohungen auf Hauswänden hinterlassen, Menschen verprügelt. Damit soll niemand allein gelassen werden. Wir fordern einen kiezspezifischen Opferschutz; betroffenen Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, über belastende Situationen und Gewalterfahrungen aus Opfersicht berichten zu können. Dazu wollen wir pro Kiez Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benennen.

Bessere Beleuchtung an Hotspots im Bezirk

Wir Freie Demokraten fordern eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung in Straßen und Plätzen mit Kriminalitäts- und Drogenbelastung. In großen Teilen des Bezirks sind die Straßen unangenehm dunkel. Dies macht einen Aufenthalt oft unangenehm und lädt zu unerwünschten Aktivitäten ein – von Wildpinkeln, Drogenhandel und -konsum bis hin zu Raub und körperlichen Angriffen. Das Lichtniveau ist vielerorts zu niedrig;

deswegen schlagen wir vor, auf bestimmten Straßenzügen die Zahl der Laternen zu vergrößern, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern. In der Revaler Straße haben zusätzliche Laternen bereits einen positiven Effekt bewirkt. Diesen wünschen wir uns auch für andere Abschnitte, insbesondere im Wrangelkiez und nördlich der Revaler Straße.

Einsatz von mobilen Fixerstuben

Das derzeitige Angebot an Fixerstuben reicht bei Weitem nicht aus. Der Drogenkonsum geht von U-Bahnstationen bis zu Kinderspielflächen, wo hinterlassene Spritzen die Nutzung gefährlich machen und nicht zu verantworten sind. Darüber hinaus führt das Teilen und mehrfache Benutzen von verunreinigtem Drogenbesteck zur Verbreitung von HIV, Hepatitis und weiteren drogenassoziierten Erkrankungen. Wir Freie Demokraten fordern daher die Anschaffung und den Einsatz von mobilen Fixerstuben in Friedrichshain-Kreuzberg. In diesen Stuben soll neben hygienischen Konsumplätzen und Utensilien auch Pflege- und Präventionsberatung angeboten werden. Durch den mobilen Charakter kann jede Fixerstube mehrere Orte bedienen und damit möglichst viele Betroffene erreichen. Das langfristige Ziel ist, dass Betroffene vermehrt einen Weg aus dem Drogenmilieu schaffen können.

Legalisierung von Cannabis und Entkriminalisierung anderer Drogen

Die Legalisierung von Cannabis war längst überfällig. Genauso wie beim Konsum von Alkohol oder Zigaretten sollen erwachsene Menschen selbst entscheiden können, ob man solche Produkte verwenden möchte oder nicht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die vereinbarten wissenschaftlichen Pilotprojekte für Konsumcannabis endlich in unserem Bezirk umgesetzt werden. In Berlin verursacht der Drogenhandel Unbehagen und stärkt kriminelle Strukturen. Mit einer Entkriminalisierung verliert die organisierte Kriminalität eine wichtige Einnahmequelle. Dabei verstehen wir unter Entkriminalisierung explizit keine Legalisierung. Drogenabhängige sind Opfer ihrer Sucht, der Clankriminalität und der Dealer geworden und können nicht mehr selbstbestimmt handeln. Hilfe und Unterstützung sind notwendig, um den Schwächsten der Gesellschaft zu helfen. Die Polizei würde dabei entlastet werden.

5. Wer schneller baut, wohnt früher besser

Hohe Mieten sind kein Naturgesetz. Sie sind die Folge von zu wenig Angebot, zu langsamen Verfahren und einer Politik, die Bauen zu oft verhindert statt ermöglicht. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer bezahlbares Wohnen will, muss mehr Wohnraum schaffen. Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk der Freiheit, der Vielfalt und der urbanen Lebensentwürfe. Damit das so bleibt, muss Wohnen für Alteingesessene, Zugezogene, Familien, Auszubildende, Studierende und ältere Menschen gleichermaßen möglich sein. Dafür braucht es vor allem Pragmatismus, einfachere Regeln, schnellere Genehmigungen und eine Verwaltung, die lösungsorientiert arbeitet. Unser Ziel ist ein Bezirk, der Wachstum nicht als Bedrohung versteht, sondern als Chance, mehr Menschen ein gutes Zuhause zu ermöglichen.

Bezahlbare Mieten durch mehr Wohnungsbau

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch Stillstand, sondern durch Neubau, Ausbau und Nachverdichtung. In einem wachsenden Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg müssen endlich wieder mehr Wohnungen entstehen. Wir wollen alle Potenziale nutzen: durch Neubauten, durch das Aufstocken bestehender Gebäude, durch Dachgeschossausbau und durch behutsame Nachverdichtung dort, wo sie städtebaulich sinnvoll ist. So kann zusätzliche Wohnfläche entstehen, ohne die vorhandene Infrastruktur unnötig zu belasten. Kommunale, genossenschaftliche und private Bauherren sind dabei gleichermaßen willkommen. Nur ein ausreichend großes und vielfältiges Wohnungsangebot kann den Druck auf den Mietmarkt dauerhaft senken.

Kluge Flächennutzung statt künstlicher Verknappung

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein zentraler Innenstadtbezirk mit knappen Flächen. Gerade deshalb braucht es ein aktives und intelligentes Flächenmanagement. Wir wollen Freiflächenpotenziale systematisch prüfen,

Nachverdichtung ermöglichen und den Dachgeschossausbau deutlich erleichtern. Nach Wiener Vorbild soll der Ausbau von Dachgeschossen auch eine zusätzliche Etage über der bisherigen Traufhöhe sofort genehmigt werden. So schaffen wir neuen Wohnraum dort, wo die Stadt bereits gebaut ist, und nutzen den knappen Raum effizienter.

Kleingartenflächen neu denken

Die dauerhafte Sicherung von Kleingartenflächen darf nicht dazu führen, dass dringend benötigte Flächen für Wohnungen und soziale Infrastruktur auf unabsehbare Zeit blockiert werden. In einem wachsenden Bezirk müssen Nutzungskonflikte ehrlich benannt und neu abgewogen werden. Wir wollen deshalb die Voraussetzungen schaffen, damit geeignete Flächen künftig auch für Wohnungsbau, Kitas, Arztpraxen, Seniorenwohnen oder andere soziale Infrastruktur genutzt werden können. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, das starre Kleingartensicherungsgesetz abzuschaffen.

Genossenschaften stärken, Eigentum ermöglichen

Genossenschaften sind für uns ein modernes und freiheitliches Modell, um Verantwortung, Teilhabe und langfristige Bindung an den Kiez zu fördern. Deshalb wollen wir geeignete Grundstücke und Liegenschaften bevorzugt an Genossenschaften vergeben, die dort eigenverantwortlich bauen. Zugleich wollen wir mehr Menschen den Weg ins Eigentum öffnen. Eigentum schafft Unabhängigkeit, Stabilität und ist für viele Menschen ein wichtiger Baustein der Altersvorsorge. Deshalb setzen wir uns für mehr Eigentumswohnungen, innovative Modelle wie Mietkauf und niedrigere Erwerbsnebenkosten ein. Langfristig gilt: Mehr Neubau senkt auch den Druck auf die Kaufpreise.

Soziale Mischung durch Neubau sichern

Friedrichshain-Kreuzberg soll ein Bezirk für Menschen aller Einkommensgruppen bleiben. Soziale Mischung sichern wir nicht durch Verhinderung, sondern durch Neubau und kluge Belegungsmodelle auf öffentlichen Flächen. Dort, wo auf städtischen Grundstücken gebaut wird, wollen wir soziale Bindungen nutzen, um einen Teil der neu entstehenden Wohnungen gezielt für einkommensschwächere Haushalte zu sichern. So schaffen wir neue Wohnungen und erhalten zugleich die soziale Vielfalt des Bezirks. Unser Ziel ist ein wachsender Bezirk, in dem unterschiedliche Lebensrealitäten weiterhin Platz haben.

Bauen einfacher machen statt verhindern

Die Bezirksverwaltung muss wieder Ermöglicherin werden. Wer bauen will, darf nicht monatelang auf Antworten, Termine oder Entscheidungen warten. Wir wollen, dass das Bezirksamt auf Anfragen von Bauherren, Eigentümern und Vorhabenträgern grundsätzlich zeitnah reagiert und Termine innerhalb von vier Wochen ermöglicht. Sollte dies nicht gelingen gilt der Antrag als genehmigt. Friedrichshain-Kreuzberg braucht ein Bauamt statt eines Bau-Verhinderungsamts. Eine Verwaltung, die blockiert, verschärft die Wohnungsnot. Eine Verwaltung, die zügig, verlässlich und lösungsorientiert handelt, hilft dabei, schneller neuen Wohnraum zu schaffen.

Verlässliche Regeln und schnellere Genehmigungen

Wer investiert und bauen will, braucht Klarheit statt politischer Willkür. Deshalb setzen wir uns für transparente und verlässliche Bebauungsvorgaben ein, damit frühzeitig klar ist, welche Anforderungen bei Bauvorhaben gelten. Wo diese Kriterien eingehalten werden, müssen Verfahren deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Ziel ist eine Planungskultur, die verlässlich ist, Vertrauen schafft und Investitionen nicht durch immer neue Unsicherheiten ausbremst. Höhere Planungssicherheit ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Wohnungsbau überhaupt stattfindet.

Digitale Bauanträge endlich vollständig einführen

Noch immer scheitert der digitale Bauantrag in der Praxis oft an analogen Restverfahren, Papierformularen und langsamen Abläufen. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen, dass Bauanträge vollständig digital eingereicht, bearbeitet und beschieden werden können. Auch geprüfte Unterlagen und Genehmigungen müssen digital

übermittelt werden. Das spart Zeit, senkt Kosten und entlastet alle Beteiligten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, digitale Schnittstellen zwischen Behörden zu stärken, damit Informationen schneller ausgetauscht und Verfahren effizienter bearbeitet werden können.

Bestehende Spielräume im Baurecht konsequent nutzen

Wohnungsbau muss überall dort schneller möglich werden, wo er sich gut in das städtebauliche Umfeld einfügt. Deshalb wollen wir die bestehenden Möglichkeiten des Baugesetzbuchs konsequenter nutzen, insbesondere das Bauen nach § 34 BauGB, wenn kein Bebauungsplan erforderlich ist. Auch neue Beschleunigungsinstrumente wie der „Bau-Turbo“ nach § 246e BauGB sollen beim Wohnungsbau umfassend zur Anwendung kommen. Wo gebaut werden kann, soll nicht aus Routine oder politischer Bequemlichkeit verzögert werden.

Denkmalschutz mit Augenmaß

Denkmalschutz soll schützen, was schützenswert ist, darf aber nicht zum pauschalen Verhinderungsinstrument werden. Wir wollen einen vernunftgeleiteten Denkmalschutz, der die historische Identität des Bezirks respektiert und gleichzeitig notwendige Modernisierungen und verträgliche Weiterentwicklungen ermöglicht. Insbesondere bei Schulen darf Denkmalschutz nicht dazu führen, dass Sanierung, Digitalisierung oder Barrierefreiheit unnötig blockiert werden. Daher sollen Schulen vom Denkmalschutz ausgenommen werden.

Milieuschutz und Sanierungsverbote überwinden

Milieuschutzgebiete und Sanierungsverbote mögen kurzfristig bestehende Strukturen einfrieren, lösen aber das Grundproblem fehlenden Wohnraums nicht. Im Gegenteil: Sie erschweren Investitionen, hemmen Neubau und verfestigen einen Wohnungsmarkt, in dem immer weniger Bewegung möglich ist. Davon profitieren vor allem diejenigen, die bereits günstig wohnen, während junge Menschen, Familien, Ältere beim Verkleinern und Zugezogene kaum Chancen auf passenden Wohnraum haben. Wir wollen darum Milieuschutz und unnötige Sanierungsverbote abschaffen und durch eine Politik ersetzen, die Angebot schafft, Modernisierung ermöglicht und den Wohnungsmarkt wieder beweglicher macht. Gleichzeitig wollen wir Wohnungstausch stärker fördern und bestehende Hürden abbauen. Zudem wollen wir die Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum deutlich erleichtern. Gerade leerstehende oder mindergenutzte Bürogebäude bieten Chancen, schnell neuen Wohnraum zu schaffen – etwa für Studierende, Auszubildende oder Menschen mit kleineren Budgets.

Barrierefreiheit ermöglichen statt blockieren

Ein Bezirk der Freiheit muss Wohnen in allen Lebenslagen ermöglichen. Der Einbau von Aufzügen, barrierearmen Bädern oder flexiblen Grundrissen darf nicht an ideologischen Verboten scheitern. Barrierefreiheit ist keine Bedrohung für den Kiez, sondern Voraussetzung dafür, dass Menschen im Alter, mit Behinderung oder in veränderten Lebenssituationen in ihrem Zuhause bleiben können. Wir wollen Wohnungsumbauten erleichtern und dafür sorgen, dass Wohnungen sich dem Leben anpassen können – nicht umgekehrt.

Bürokratie abbauen, Kosten senken

Eine Wohnungs- und Baupolitik, die jeden Einzelfall regulieren, kontrollieren und politisch steuern will, verursacht hohe Verwaltungskosten und führt zu langen Verfahren. Wir wollen die Verwaltung entlasten und öffentliche Ausgaben senken, indem wir bürokratische Eingriffe konsequent zurückfahren. Dazu gehört auch eine grundlegende Reform des Zweckentfremdungsrechts. Regeln müssen ihren Zweck erfüllen und dürfen nicht zum Selbstzweck werden. Weniger Bürokratie heißt mehr Tempo, mehr Rechtssicherheit und mehr Raum für Investitionen.

Ferienwohnungen und Homesharing pragmatisch regeln

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein attraktiver Bezirk für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Wir wollen alternative Übernachtungsangebote ermöglichen, ohne Missbrauch zu tolerieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass selbstgenutzter Wohnraum zeitweise unbürokratisch vermietet werden kann. Homesharing soll unter klaren Regeln deutlich einfacher möglich werden. Das stärkt die touristische Vielfalt des Bezirks und ermöglicht

vielen Menschen ein zusätzliches Einkommen. Gegen gewerbliche, illegale Überbelegung und kriminellen Missbrauch wollen wir dagegen konsequent vorgehen und die Zusammenarbeit zwischen Wohnungsamt, Finanzbehörden und Strafverfolgung verbessern.

Mehr Raum für Gewerbe und Arbeit

Ein lebendiger Bezirk braucht nicht nur Wohnungen, sondern auch Räume zum Arbeiten, Gründen und Produzieren. Deshalb wollen wir mehr Gewerbeflächen schaffen, Baulücken konsequent aktivieren und ungenutzte Gebäude schneller für Zwischennutzungen oder dauerhafte gewerbliche Nutzung verfügbar machen. Bezahlbare Gewerbemieten entstehen nicht durch Marktstillstand, sondern durch ein größeres Angebot. Auch für Gewerbeimmobilien gilt: schnellere Genehmigungen, einfachere Verfahren und mehr Neubau helfen am meisten. Gleichzeitig wollen wir die Planungssicherheit für Gewerbemieten stärken und sehr kurze Befristungen ohne sachlichen Grund begrenzen.

Spekulativen Leerstand bekämpfen

Während viele Gewerbetreibende händeringend Räume suchen, stehen andernorts Flächen über lange Zeit leer. Das ist weder wirtschaftlich sinnvoll noch städtebaulich akzeptabel. Wir wollen spekulativen Leerstand bei Gewerbeflächen entschlossen bekämpfen und dafür sorgen, dass nutzbare Räume auch tatsächlich genutzt werden. Ein Bezirk mit knappen Flächen kann es sich nicht leisten, wertvolle Standorte brachliegen zu lassen.

Markthalle Neun erhalten

Die Markthalle Neun ist ein wichtiger Teil der Wirtschafts-, Kultur- und Kiezgeschichte unseres Bezirks. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auch künftig als Lebensmittel- und Eventhalle erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann. Solche Orte stiften Identität, verbinden Nachbarschaft, Unternehmertum und Kultur und sind deshalb für einen vielfältigen Bezirk von besonderem Wert.

Freiheitszonen für Kultur, Gastronomie und Nachtleben

Friedrichshain-Kreuzberg lebt von seiner Offenheit, seiner Kreativität und seinem Nachtleben. Diese Lebendigkeit ist Teil der Identität des Bezirks und ein erheblicher wirtschaftlicher Faktor. Deshalb wollen wir in geeigneten, bereits heute besonders lebendigen Gebieten Freiheitszonen ausweisen, in denen Kultur, Clubs und Gastronomie mehr Spielraum erhalten. Ziel ist es, Nutzungskonflikte nicht durch pauschale Verbote, sondern durch klare Regeln und transparente Verfahren zu lösen. So schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen für Anwohnerinnen und Anwohner ebenso wie für die Kultur- und Gastronomieszene.

Baugenehmigungen auch für Clubs

Berlin ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus für seine Clubkultur bekannt, und Friedrichshain-Kreuzberg ist eines ihrer Zentren. Clubs sind nicht nur ein oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor, sondern prägen auch die kulturelle Identität und die internationale Ausstrahlung unseres Bezirks. Wir wenden uns deshalb gegen die restriktive Genehmigungspraxis des Bezirks bei Clubs und anderen Veranstaltungsorten. Wer Kultur, Nachtleben und urbane Vielfalt erhalten will, darf neue Orte nicht durch überzogene Auflagen und langwierige Verfahren verhindern. Clubs brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, planbare Genehmigungen und eine Verwaltung, die ihre Bedeutung für den Bezirk anerkennt.

Die Berliner Kneipe als Treffpunkt für alle

Friedrichshain und Kreuzberg leben von ihrer sozialen Durchmischung. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Orte, an denen Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen selbstverständlich zusammenkommen. Genau diesen Raum bietet die Berliner Kneipe: ein niedrigschwelliger Treffpunkt für Nachbarschaft, Austausch und Gemeinschaft über soziale und berufliche Grenzen hinweg. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Berliner Eckkneipe als kulturell prägenden Ort unseres Bezirks zu stärken und perspektivisch auch als immaterielles Kulturerbe anzuerkennen. In Neubaugebieten wollen wir darauf achten, dass ausreichend kleinteilige Gewerbeflächen entstehen, damit solche Orte auch künftig eine Chance haben.

Weniger Bürokratie für Clubs, Kneipen und Gastronomie

Wer lebendige Kieze, Nachtleben und nachbarschaftliche Treffpunkte erhalten will, darf Betreiberinnen und Betreiber nicht mit unnötiger Bürokratie belasten. Deshalb wollen wir rechtliche und bauliche Vorgaben für Clubs, Kneipen und kleinere Gastronomiebetriebe auf den Prüfstand stellen. Das Baurecht, die Versammlungsstättenverordnung, die Betriebsverordnung Berlin und brandschutzrechtliche Anforderungen sollen dort entschlackt werden, wo es sinnvoll und verantwortbar möglich ist. Versteckte Kosten müssen gesenkt, Umbauten erleichtert und Genehmigungen einfacher werden. Auch unnötige Vorgaben, die insbesondere kleinere Betriebe übermäßig belasten, wollen wir abbauen. So schaffen wir bessere Bedingungen für die Orte, die unseren Bezirk lebendig, offen und lebenswert machen.

Schanigärten für lebendigere Kieze

Nach dem Vorbild der Wiener Schanigärten wollen wir Gastronomiebetrieben ermöglichen, in den Sommermonaten unter klaren Bedingungen zusätzliche mobile Außenflächen auf Gehwegen oder Parkstreifen zu nutzen. Das belebt den öffentlichen Raum, stärkt lokale Betriebe und erhöht die Aufenthaltsqualität in unseren Kiezen. Eine lebendige Stadt braucht öffentliche Räume, die nicht nur dem Verkehr, sondern auch dem sozialen Leben dienen.

Wohnungslosigkeit wirksamer bekämpfen

Auch in einem prosperierenden Bezirk gibt es Menschen, die keinen Zugang mehr zum Wohnungsmarkt finden. Für wohnungslose Menschen sind Trägerwohnungen oft der einzige realistische Weg zurück in ein stabiles Wohnverhältnis. Deshalb wollen wir das Angebot an Trägerwohnungen im Bezirk deutlich ausbauen. Trägerwohnungen werden von sozialen Trägern angemietet und von diesen ohne Gewinnerzielungsabsicht an anspruchsberechtigte Personen untervermietet. Für wohnungslose Menschen sind diese angesichts des angespannten Wohnungsmarktes derzeit oft der einzig realistische Zugang zu Wohnraum. Das Angebot an sogenannten Trägerwohnungen – allen voran durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften – muss im Bezirk signifikant erhöht werden. Neben der Schaffung zusätzlichen Trägerwohnraums sind auch Reformen in Bezug auf dessen Nutzung dringend notwendig. So dürfen Trägerwohnungen nicht länger unter das Gewerbemietrecht fallen. Wir wollen stattdessen für von sozialen Trägern ohne Gewinnerzielungsabsicht vermieteten Wohnraum das Mietrecht für Wohnungen anwenden, das den Bewohnerinnen und Bewohner eine höhere soziale Sicherheit bietet. Zudem dürfen Trägerwohnungen nicht länger als Zweckentfremdung von Wohnraum definiert werden. Gleichzeitig wollen wir allgemein die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern, damit sozial vermieteter Wohnraum nicht länger wie Gewerberaum behandelt wird und Bewohnerinnen und Bewohner besser geschützt sind. Ziel ist eine Wohnungspolitik, die auch den Schwächsten echte Chancen eröffnet.

Offenheit für innovative Wohnformen

Der Bezirk sollte neuen und platzsparenden Wohnkonzepten offen gegenüberstehen. Innovative Wohnformen können einen wichtigen Beitrag leisten, um schneller und flexibler zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Dazu zählen etwa modulare Bauweisen, temporäre Wohnformen oder Tiny Houses auf geeigneten Flächen. Solche Modelle sind nicht für jede Lage die richtige Antwort, können aber in einem angespannten Wohnungsmarkt Teil der Lösung sein.

Ein Bezirk für Studierende und Auszubildende

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein junger Bezirk und soll es auch bleiben. Hier leben viele Studierende und Auszubildende – oder junge Menschen, die kurz vor diesem Lebensabschnitt stehen. Sie brauchen bezahlbaren Wohnraum in guter Lage und eine erstklassige Infrastruktur zu ihrer Ausbildungsstätte, ihrer Arbeit oder dem privaten Vergnügen, statt immer weiter an den Stadtrand gedrängt zu werden. Wir beobachten immer wieder mit Entsetzen, dass sich der Bezirk bei der Frage nach günstigem Wohnraum, beispielsweise bei privatem Wohnraum, für Studierende und Auszubildende quer stellt und diesen verhindert. Das werden wir ändern: Wir wollen Projekte für studentisches und azubifreundliches Wohnen ausdrücklich unterstützen und Blockaden gegen

neue Wohnheime oder kleinere Wohnformen beenden. Zudem sollte sich der Bezirk der Forderung nach einem Hochschulsozialpakt für das Wohnen anschließen, der neuen staatlichen und privaten Wohnungsbau für Studierende und Auszubildende von Seiten des Bundes mitfinanziert. Um geeignete Flächen für mehr Wohnungen zu finden, wollen wir zudem einen Baulückenkataster entwickeln – denn Studierende und Auszubildende sind oftmals Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die weder über finanzielle Sicherheiten noch über ein hohes Einkommen verfügen. Wer in Berlin lernt, studiert oder eine Ausbildung macht, soll auch in unserem Bezirk wohnen können.

Flexible Nutzung städtischer Gebäude

Wir Freie Demokraten fordern, ungenutzte Flächen in städtischen Gebäuden Bürgerinnen und Bürgern in buchbaren Zeitfenstern für eine Nebenkostenpauschale zur Verfügung zu stellen. Dabei kann es sich zum Beispiel um Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Arbeitssuchende, Gründern oder Ehrenamtler handeln, die für zeitlich begrenzte Projekte einen Ort suchen.

Refugees welcome, aber wirklich!

Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder Not fliehen mussten, brauchen Schutz und eine faire Chance auf ein neues Leben. Auch Friedrichshain-Kreuzberg muss dabei Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist, Geflüchteten möglichst schnell den Weg in regulären Wohnraum zu eröffnen. Wo das kurzfristig nicht möglich ist, braucht es zumindest menschenwürdige, dezentrale Unterbringung im Bezirk. Dass dies immer wieder politisch blockiert wird, halten wir für falsch. Humanität und Realismus gehören zusammen: Wer Integration will, muss Wohnen ermöglichen.

Ökologische Erneuerung mit Pragmatismus verbinden

Klimaanpassung und ökologisches Bauen gehören für uns zu einer modernen Stadtentwicklung dazu. Wir wollen Sanierungen im Bestand, energieeffizienten Neubau, Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Nutzung geeigneter Flächen für klimafreundliche Technologien stärker ermöglichen. Dabei gilt für uns: Klimapolitik darf nicht gegen bezahlbares Wohnen ausgespielt werden. Ökologische Erneuerung muss mit Innovation, Technologieoffenheit und wirtschaftlicher Vernunft verbunden werden, damit sie dauerhaft tragfähig ist.

Neue Stadtentwicklung konkret voranbringen

Friedrichshain-Kreuzberg braucht den Mut, Stadtentwicklung nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu gestalten. Wir wollen die großen Potenziale unseres Bezirks nutzen, um neuen Wohnraum, bessere öffentliche Räume, moderne Arbeitsorte und eine lebenswerte urbane Umgebung zu schaffen. Dabei setzen wir auf konkrete Projekte, klare Prioritäten und eine Politik, die Zukunft möglich macht, statt sie aufzuschieben.

Eine Living Bridge für mehr attraktiven öffentlichen Raum

Die Stadtbahn zwischen Ostbahnhof und Ostkreuz ist heute eine trostlose, flächenintensive Schneise, die Friedrichshain zerschneidet und wichtige Teile des Bezirks voneinander trennt. Wir wollen diese Barriere überwinden und mit einer „Living Bridge“ neuen öffentlichen Raum schaffen. Durch eine Überbauung können Flächen für Sport, Spiel, Erholung und Begegnung entstehen, zugleich aber auch dringend benötigte Wohnungen. Der Höhenunterschied soll durch Freitreppen, Wegebeziehungen und Parkanlagen sinnvoll überbrückt werden. So entsteht ein neues städtisches Bindeglied mit hoher Aufenthaltsqualität, das Friedrichshain und Kreuzberg besser miteinander verbindet, die Umgebung aufwertet und auch städtebaulich neue Chancen eröffnet. Eine Living Bridge kann damit nicht nur Wohnraum schaffen, sondern auch einen Beitrag dazu leisten, Problemorte wie das Umfeld der Warschauer Brücke neu zu ordnen und sicherer zu machen.

Hochhäuser als Teil einer modernen Stadtentwicklung

Hochhäuser sind für uns kein Selbstzweck, aber ein sinnvoller Baustein, um in einer wachsenden Metropole mehr Wohnraum flächensparend zu schaffen. Gerade an gut angebundenen Standorten können sie helfen, dem Wohnungsmangel wirksam zu begegnen und neue städtebauliche Akzente zu setzen. Deshalb begrüßen wir das

Engagement privater Projektentwickler, die zusätzlichen Hochhausbau in Friedrichshain-Kreuzberg ermöglichen wollen. Das Areal rund um die Uber Arena und die Warschauer Brücke wollen wir gezielt als Hochhausstandort weiterentwickeln. Das Vorhaben in der Rudolfstraße 19 sowie die Errichtung eines 167 Meter hohen Wohnturms sehen wir positiv. Auch weiteren Hochhausprojekten in diesem Gebiet stehen wir offen gegenüber, wenn sie in ein stimmiges Gesamtkonzept eingebettet werden und einen echten Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraums leisten.

Das RAW-Gelände weiterentwickeln

Die Entwicklung des RAW-Geländes schreitet voran und bietet die Chance, einen der prägendsten Orte des Bezirks zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Wir wollen die bestehenden Planungen konstruktiv begleiten und auf eine zügige, reibungslose Umsetzung drängen. Dabei ist für uns entscheidend, dass neue bauliche Entwicklung, kulturelle Nutzung und städtebauliche Qualität zusammen gedacht werden. Dazu gehört auch, dass ein Hochpunkt mit städtebaulicher Strahlkraft realisiert wird und zugleich bestehende Kulturorte wie das Astra Kulturhaus in das Gesamtkonzept eingebunden bleiben. Das RAW-Gelände soll sich weiterentwickeln können, ohne seinen besonderen Charakter als Ort von Kultur, Kreativität und urbanem Leben zu verlieren.

Das SEZ-Areal endlich neu entwickeln

Das SEZ ist heute vor allem ein Symbol für jahrelangen Stillstand. Vernachlässigung, Rechtsstreitigkeiten und ausbleibende Entscheidungen haben dazu geführt, dass das Gebäude eine Ruine ist. Eine Rettung des Bestands ist leider nicht mehr realistisch. Die Entwicklung des SEZ ist jedoch eine große Chance, aus den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit zu lernen und etwas Neues zu schaffen: einen Ort mit Strahlkraft für ganz Berlin, der den Menschen dient, die Geschichte respektiert und dennoch mutig nach vorne blickt. Unser Ziel ist eine Entwicklung, die dringend benötigten Wohnraum schafft und gleichzeitig Raum für soziale Infrastruktur eröffnet. Auf dem Areal sollen rund 680 Wohneinheiten sowie ein moderner Schulneubau entstehen. So machen wir aus einem Ort des Verfalls einen Ort der Zukunft und schaffen neuen Nutzen für den gesamten Bezirk.

House of Games: Friedrichshain-Kreuzberg als Gaming-Standort stärken

Mit dem „House of Games“ soll in Friedrichshain ein Ort entstehen, an dem Unternehmen, Kreative, Forschung und Community zusammenkommen. Das geplante Zentrum im „LUX Berlin“ bietet auf rund 15.000 Quadratmetern Platz für Co-Working, Studios, Entwicklungsflächen, Präsentationsräume und perspektivisch auch ein Museum. Wir wollen dieses Vorhaben aktiv unterstützen, weil es wirtschaftliche Entwicklung, Kreativszene und Innovationskraft in besonderer Weise verbindet. Das House of Games kann ein Leuchtturmprojekt für den Bezirk werden und Friedrichshain-Kreuzberg als bedeutenden Standort der Games- und Digitalwirtschaft etablieren. So stärken wir eine Zukunftsbranche, schaffen neue Arbeitsplätze und fördern zugleich die kreative Identität unseres Bezirks.

Ein Handlungsprogramm Wohnen für den Bezirk

Wir wollen die wohnungspolitischen Ziele des Bezirks in einem klaren Handlungsprogramm Wohnen bündeln. Darin sollen Strategien, Flächenpotenziale, Beschleunigungsmaßnahmen und Prioritäten für Neubau, soziale Infrastruktur, Klimaanpassung und innovative Wohnformen systematisch zusammengeführt werden. So schaffen wir eine verbindliche Grundlage für eine Wohnungspolitik, die nicht von Einzelfall zu Einzelfall springt, sondern konsequent auf mehr Wohnraum, schnellere Verfahren und mehr Lebensqualität im Bezirk ausgerichtet ist.

Mach dich frei!

Friedrichshain-Kreuzberg steht wie wenig andere Stadtteile so für Vielfalt, Offenheit und individuelle Freiheit, aber auch für die Sozialisation von Ost und West. Dazu gehört auch die selbstbestimmte Nutzung öffentlicher Räume wie Cruising-Areas oder FKK-Flächen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in geeigneten Grünanlagen wie dem Volkspark Friedrichshain oder der Hasenheide ausgewiesene FKK-Bereiche zu schaffen, zu markieren und zu schützen. Klare Regelungen sorgen für ein respektvolles Miteinander und geben allen Nutzerinnen und Nutzern Sicherheit. So tragen wir der offenen, vielfältigen Kultur unseres Bezirks Rechnung.

Zeig dich, Xhain!

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit einzigartiger Geschichte – von Industrialisierung und Teilung bis hin zur kreativen Wiedervereinigung. Dieses historische Erbe wollen wir zeitgemäß erlebbar machen. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung einer digitalen Stadtführungs-App ein, die Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher interaktiv durch den Bezirk führt. Ergänzt durch Augmented- oder Virtual-Reality-Anwendungen soll es möglich werden, das frühere Erscheinungsbild von Straßen, Plätzen und Gebäuden direkt vor Ort digital zu erleben. Als Vorbild dienen erfolgreiche Projekte wie die Potsdam History App, die zeigt, wie digitale Technologien Geschichte anschaulich und niedrigschwellig vermitteln können. Dieses Konzept wollen wir auf Friedrichshain-Kreuzberg übertragen und weiterentwickeln. So verbinden wir Bildung, Tourismus und Digitalisierung – und stärken gleichzeitig das Bewusstsein für die bewegte Geschichte unseres Bezirks.

Günstigere Nebenkosten durch Mieterstrom und smarte Energie

Die Energiewende sollte sich für die Menschen vor allem dort bemerkbar machen, wo sie jeden Monat wirklich zählt: bei den Nebenkosten. Gerade in dicht bebauten Kiezen wie Friedrichshain-Kreuzberg steckt großes Potenzial direkt an unseren Häusern. Mit Mieterstrommodellen kann Strom aus Photovoltaikanlagen auf Dächern, Fassaden oder sogar Balkonbrüstungen direkt im Gebäude genutzt werden – sauber erzeugt und günstiger für die Mieter. Wenn Gebäude saniert werden, sollten solche Lösungen selbstverständlich mitgedacht werden. Für uns Freie Demokraten ist klar: Diese Modernisierung muss pragmatisch und marktwirtschaftlich organisiert werden, ohne neue Bürokratie oder staatliche Dauerförderung – und ohne zusätzliche Kosten für die Mieter. Investitionen können über Mieterstrommodelle, Energie-Contracting oder Kooperationen mit Energiedienstleistern finanziert werden, die Anlagen installieren und betreiben. Die Kosten werden über die eingesparten Energiekosten oder den lokal erzeugten Strom refinanziert. Auch Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte können solche Investitionen tragen und langfristig davon profitieren. Gleichzeitig lassen sich mit vergleichsweise einfachen Maßnahmen viel Energie und Geld sparen: Ein hydraulischer Abgleich von Heizungsanlagen, moderne Steuerungstechnik oder intelligente Stromverteilung im Haus sorgen dafür, dass Energie dort ankommt, wo sie gebraucht wird – und nicht unnötig verloren geht. So entsteht Schritt für Schritt ein modernes, dezentrales Stromnetz der Zukunft, das näher an den Menschen ist. Für die Mieter bedeutet das vor allem eines: spürbar niedrigere Nebenkosten und mehr Unabhängigkeit von steigenden Energiepreisen. So entsteht bezahlbares Wohnen – gerade im bestehenden Wohnungsbestand.

6. Arbeit und Soziales

Freiheit und Verantwortung gehen Hand in Hand. Das gilt für den Staat, wie auch für seine Bürgerinnen und Bürger. Während die Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung zeigen und dafür auch viele Freiheiten in seiner Arbeitswelt erhalten, bestimmt der Staat die Grundregeln und greift im Notfall ein. So übernimmt er Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger, denen es zeitweise nicht so gut geht. Selbstverständlich muss dabei eine belastbare, weitsichtige und nachhaltige Sozialpolitik den Bevölkerungszuwachs und die Demografie im Blick haben, frühzeitig ausreichend bezahlbaren Wohnraum ermöglichen und die Integration der finanziell Schwachen vorantreiben, um Brennpunkte oder eine Ghettoisierung schon im Vorhinein zu vermeiden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir setzen uns für eine Förderung des Ehrenamts und einen Ausbau der vorhandenen Strukturen ein. Ehrenamt ist eine wertvolle, nicht zu unterschätzende Bereicherung in allen sozialen Bereichen. Das Ehrenamt leistet einen großen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Bezirk. Es sorgt dafür, dass wir unsere Nachbarinnen und Nachbarn kennenlernen, leistet konkrete Hilfestellungen im Alltag, baut Vorurteile ab und wirkt integrativ. Durch bürokratische Hürden und fehlende Hilfestellungen darf soziales Engagement nicht verhindert werden. Gerade Krisensituationen wie Corona oder der Berliner Stromausfall haben gezeigt, dass in unserer Stadt, wenn es darauf ankommt, zusammengehalten wird.

Ein zielgerichteter Umgang mit Obdachlosigkeit

Die Freien Demokraten setzen sich für einen ausgewogenen Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit ein. Dabei stehen sowohl Mitmenschlichkeit und Unterstützung für hilfsbedürftige Menschen als auch die Wahrung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit im Mittelpunkt. Ziel ist eine ganzheitliche Strategie, die Prävention stärkt, den Zugang zu Hilfsangeboten verbessert und die Zusammenarbeit von Behörden, Sozialarbeit und Gesundheitsversorgung effizienter gestaltet. Dazu gehören zentrale Anlaufstellen für Betroffene, der Ausbau von Streetwork und sozialer Beratung sowie ein besserer Überblick über bestehende Hilfsangebote. Gleichzeitig sollen öffentliche Räume für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv und sicher bleiben. Übernachtungslager in öffentlichen Anlagen sollen bei Gefährdungen konsequent geräumt werden, jedoch immer verbunden mit Hilfs- und Übernachtungsangeboten. Auch innovative Wohnformen wie Tiny Houses werden als Chance gesehen, zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ergänzend sollen öffentliche Toiletten und Möglichkeiten zur Körperpflege ausgebaut werden, um die Würde wohnungs- und obdachloser Menschen zu wahren. Besonderes Augenmerk liegt zudem auf mehrsprachiger Sozialarbeit, um Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gezielt unterstützen zu können. Nicht-EU-Bürger ohne Aufenthaltsrecht, die dauerhaft obdachlos sind und keine Perspektive auf Integration oder Erwerbstätigkeit in Deutschland haben, sollen unter Wahrung der Menschenwürde, mit sozialer Begleitung und in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern bei einer freiwilligen Rückkehr oder konsequenten Rückführung unterstützt werden.

7. Du kannst alles werden - Beste Bildung für Friedrichshain-Kreuzberg

Jeder Mensch soll frei sein. Um diese Freiheit eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben, ist Bildung der Schlüssel: Nur so kann Chancengerechtigkeit entstehen. Was für ganz Deutschland gilt, gilt auch für unseren Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Weil Bildung Chancen ermöglicht und das Fundament für ein erfolgreiches Leben von Kindern ist, ist Bildung eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates. Bildung wird heute in Berlin nur halbherzig betrieben. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass alle von Bildung reden, es jedoch niemand ernst meint. Wir brauchen eine echte Bildungsoffensive, die ihren Namen auch verdient, sowie allen pädagogischen Fachkräften die jeweils aktuellsten digitalen Möglichkeiten zur Verfügung stellt.

Online-Vergabe-System für Kitaplätze schaffen

Die Kitaplatzvergabe muss effizienter organisiert werden: Das gängige Wohnortprinzip bei der Vergabe wird den Bedürfnissen der Eltern und Kinder oftmals nicht gerecht. Schließlich kann auch die Nähe zum Arbeitsplatz entscheidend für die Wahl der Kita sein. Die Vergabe über Wartelisten ist ineffizient und ungerecht. Die FDP fordert deshalb die Einführung eines berlinweiten Online- Vergabe-Systems mit der Möglichkeit der Präferenzangabe.

Verpflichtendes Vorschuljahr einführen

Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration sowie für gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für Kinder ein, die bei verpflichtenden Sprachstandstests nicht das erforderliche Niveau erreicht haben. Wir wollen, dass in unseren Schulen alle Kinder die deutsche Sprache beherrschen in Wort und Schrift. Das ist für uns Ausdruck gelungener Integration. Dieses soll in Kindertagesstätten stattfinden und sicherstellen, dass die Kinder im Sinne der Integration bestmöglich auf den Besuch der Grundschule vorbereitet sind. Ziel ist es, dass alle Kinder beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse als Zweitsprache verfügen.

Freiheit, die Schule macht!

Freiheit, Eigenverantwortung und mehr Kompetenzen vor Ort, das sind die Schlagwörter für eine gute und liberale Schulpolitik im Jahr 2026. In den letzten Jahren fielen die Berliner Schulen häufig mit Negativschlagzeilen auf. Von maroden Toiletten bis hin zu Investitionsmitteln, die der Senat zur Schulsanierung bereitstellt, der Bezirk

aber nicht abrufen, ist alles dabei. Wir wollen die Schlagzeilen ändern - und dabei unsere Schulen zu den besten in Deutschland und der Welt machen!

Willkommensklassen einführen - Mitbürger integrieren

Integration ist unser Schlüssel für den Aufstieg. Wir müssen deswegen hierbei unbürokratisch gemeinsam mit den Schulen handeln, um Willkommensklassen einzuführen und die Schülerinnen und Schüler schnellstmöglich in Regelklassen zu integrieren. Die Schulpflicht gilt selbstverständlich auch für geflüchtete Kinder. Die Realität in Berlin steht dem leider diametral entgegen. Denn viele Geflüchtete kommen nach Berlin – gerade jetzt müssen wir in Sachen Bildung noch engagierter durchstarten! Integration ist eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft.

Unterstützende Lehrkräfte im Regelunterricht einsetzen

Integration gelingt durch gemeinsame Teilnahme am Unterricht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder, die sich derzeit in sogenannten Willkommensklassen befinden, frühzeitig am Regelunterricht teilnehmen können. Es zeigt sich zunehmend, dass vielen Kindern der Übergang von Willkommensklassen in den Regelunterricht schwerfällt. Bestehende soziale Bindungen werden unterbrochen, und der Anschluss an neue Mitschülerinnen und Mitschüler gestaltet sich oft schwierig. Daher wollen wir in den ersten und zweiten Klassen auf Willkommensklassen verzichten und stattdessen zusätzliche Lehrkräfte im Regelunterricht einsetzen, die gezielte Unterstützung leisten. Ab der dritten Klasse halten wir einen verstärkten und gezielten Einsatz von Unterrichtseinheiten in „Deutsch als Zweitsprache“ für unverzichtbar. In diesem Rahmen erhalten die Kinder zusätzlich Deutsch als Zweitsprache Stunden parallel zum Regelunterricht. Bildung ist Grundlage für einen erfolgreichen Start in Beruf und Gesellschaft. Die FDP ist die Partei der Bildungschancen. Deswegen fördern wir jedes Kind bestmöglich und fordern Leistungsbereitschaft ein.

Investitionsstau auflösen - mehr Kompetenzen für Schulleiter

Dafür wollen wir Prozesse initiieren, die es den Schulen ermöglichen, diese Mittel unbürokratisch selbst zu verwalten und anzuwenden. Damit geht die Stärkung der Kompetenz der einzelnen Schulen sowie deren Schulleiterinnen und Schulleiter einher. Denn wir trauen den Schulleitern zu, selbst zu entscheiden, welche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen. In Berlin sind jedoch die Bezirke mit ihren Schulämtern für die Erhaltung der Schulen zuständig. Wir akzeptieren nicht, dass Investitions- und Sanierungsmittel des Senates nicht abgerufen werden, weil der Bezirk sich wahlweise auf zu wenig Personal oder die mangelnde Selbstverwaltungskompetenz der Schulen beruft.

Klare Zuständigkeiten in der Bildung festlegen

Wir fordern mittelfristig die Neugestaltung der Zuständigkeiten, insbesondere im Bereich des Gebäudemanagements, nach dem Vorbild von Hamburg. Dem Land soll dabei die Verantwortung der Schulen vollumfänglich, mindestens aber der Schulgebäude, übertragen werden. Wir brauchen ein Land, das die Standards und Ziele für Bildung definiert, Gelder unbürokratisch an die Schulen weiterreicht, und wir brauchen Schulen, die mit größtmöglicher Gestaltungsfreiheit diese Ziele individuell erreichen können.

Freie Schulwahl

Wir setzen uns im Land dafür ein, dass die Schule frei und unabhängig vom Wohnort gewählt werden kann. Das Argument, dass dann die „guten Schulen überrannt“ werden, lassen wir nicht gelten, da nur mit diesem System ein starker Anreiz zur Qualitätsverbesserung gesetzt wird. Wir haben den Anspruch, dass alle Schulen zu guten Schulen werden. Die Schulen müssen daher um die Schülerinnen und Schülern mit Qualität und Konzepten werben. Und: Mehr Freiheit muss auch den Schülern und Eltern zugesprochen werden.

Sauberkeit in den Schulen sicherstellen

Die Rekommunalisierung der Schulreinigung hatte offenbar keinen Erfolg. Das war absehbar. Statt die Lernorte der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen, hat man das System zwar reformiert, aber ohne

Erfolg. Wir fordern daher Konsequenzen für Reinigungsfirmen bei Nichterfüllung von Sauberheitskriterien, regelmäßige Kontrollen und deutlich kürzere Ausschreibungsintervalle. Die Kontrolle der Reinigungsarbeiten muss nicht zuletzt durch Stellen für Hausmeister in ausreichender Zahl sichergestellt werden.

Denkmal mit

Denkmalschutz an Schulen ist grundsätzlich zu begrüßen, denn viele Berliner Schulen haben eine lange und aufregende Geschichte zu erzählen. Dieser Denkmalschutz darf allerdings nicht die Sicherheit und das Funktionieren des Schulalltags beeinträchtigen. Ebenso müssen die Kosten von Sanierung und Umbau im Rahmen bleiben. Bei einer technischen Aufrüstung ist der Denkmalschutz hintenanzustellen, wir wollen dahingehend auch das Denkmalschutzgesetz Berlin (DSchG Bln) anpassen.

Ludwig-Hoffmann-Grundschule

Wir bekennen uns klar zum Erhalt der Ludwig-Hoffmann-Grundschule an ihrem gewachsenen Standort in der Lasdehner Straße. Die Schule steht für hohe Bildungsqualität, engagierte Schulleitung, ein starkes pädagogisches Konzept und überdurchschnittliche Ergebnisse – ein echtes Erfolgsmodell, das nicht leichtfertig aufgegeben werden darf. Die aktuellen Planungen des Bezirksamts, die Schule zu verlagern, halten wir in dieser Form für nicht überzeugend. Statt vorschneller Festlegungen braucht es ein transparentes, ergebnisoffenes Verfahren, in dem Vor- und Nachteile aller Optionen neu und nachvollziehbar bewertet werden. Dabei ist eine echte Beteiligung der Elternschaft sowie der betroffenen Schulgemeinschaften zwingend erforderlich. Unser Ziel ist ein tragfähiges Gesamtkonzept, das sowohl der Ludwig-Hoffmann-Grundschule als auch der Temple-Grandin-Schule eine sinnvolle und zukunftsfähige Weiterentwicklung ermöglicht – ohne Verdrängung, sondern durch kluge Planung.

Bündnis für beste Bildung - Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure

Wir fordern ein „Bündnis für beste Bildung“ in unserem Bezirk! In diesem Bündnis sollen alle relevanten gesellschaftlichen Akteure aufgenommen werden. Dieses Bündnis würde für den Bezirk gelten, kann sich aber in den einzelnen Kiezen auf kleinerer Ebene als Spiegel zur Bezirksebene erneut gründen. Nutzen wir es, dass unsere Kieze bunt und kreativ sind. Wieso sollten darum nicht auch unkonventionelle Ideen bei der Lösung von Problemen in unserem Bezirk eine Rolle spielen. Anstatt ständig gegen wirtschaftliche Prosperität in unserer Stadt und im Bezirk zu kämpfen, fordern wir die ideologische Kehrtwende: Wir wollen die Gesellschaft und die Wirtschaft in den schulischen Alltag einbinden.

Nachbarschaftsprojekte stärken - für mehr Zusammenhalt

Wir möchten Schulen stärker mit Nachbarschaftsprojekten, Initiativen, Sportvereinen, Aktionen und gegenseitiger Unterstützung verknüpfen. Schulen sind keine Raumschiffe in einem funktionierenden gesellschaftlichen Ökosystem, sondern auf ihre Nachbarschaft angewiesen. Als ein wichtiger Teil im Leben des Einzelnen, ist die Bedeutung der Schuleinrichtungen auch in den Kiezen endlich angemessen zu schätzen!

Engagement der Eltern nutzen

Nicht zuletzt glauben wir, dass Eltern eine zentrale Rolle in der Erziehung spielen. Unser Ziel ist deshalb, das Engagement von Eltern zu stärken und sie in größerem Umfang mit einzubeziehen. Wir wollen Initiativen wie beispielsweise die "Stadtteilmütter" in Neukölln, die genau an diesem Punkt ansetzen, fördern. Gerade bildungsferne Eltern können so gezielt angesprochen und eingebunden werden.

Partnerinnen und Partner für die Bildung gewinnen

Zusätzlich wollen wir auch vermehrt Personen und Institutionen außerhalb der klassischen Bildungsbranche einbinden. Vereine, Kultureinrichtungen und Bildungsträger etwa können eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten anbieten, die gefördert und bei Kindern wie Eltern beworben werden müssen. Als weiterer Schritt zur individuellen Betreuung ist auch die Einführung von Patenschaften denkbar. Über einen fortlaufenden, informellen Austausch können hier junge und ältere Erwachsene den Kindern Werte und Wissen über fremde

Kulturen, Kunst, Wissenschaften, Ernährung und Gesundheit näherbringen und als wichtige persönliche Ansprechpartner dienen.

Wissen und Kultur erhalten und verbreiten

Friedrichshain-Kreuzberg zeichnet sich durch eine hohe Dichte an kulturellen Einrichtungen aus. Zu nennen wären hier unter anderen das Museum für Verkehr und Technik, Gropiusbau, Jüdisches Museum, Berlinische Galerie, Topografie des Terrors, Computerspielmuseum und das FXhain-Museum. Diese Museen unterschiedlicher Trägerschaft (Land, Bezirk, Bund) prägen erheblich die Attraktivität unseres Bezirks und verdienen Anerkennung und Förderung.

Bibliothekstandort Friedrichshain-Kreuzberg erhalten

Wir wollen die bibliothekarische Versorgung in Friedrichshain-Kreuzberg sichern und ausbauen, insbesondere Kreuzberg hat hier erheblichen Nachholbedarf. Bibliotheken sollten unter der Woche 24 Stunden zugänglich sein, an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr bis 23 Uhr. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Bezirksbibliotheken bezirksübergreifend kooperieren. Es kann nicht sein, dass Öffnungszeiten in den Bezirken unterschiedlich geregelt sind oder Bücher ausschließlich innerhalb eines Bezirks zurückgegeben werden können, ohne dass dabei Gebühren anfallen. Den Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins werden wir daher stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz als Bezirksbibliothek umgewidmet wird. Die Amerika-Gedenkbibliothek ist zentral gelegen, gut erreichbar und seit Jahrzehnten ein etablierter Bildungs- und Kulturort im Bezirk. Gerade in einem wachsenden Stadtteil mit bislang begrenzten Bibliothekskapazitäten braucht Kreuzberg starke öffentliche Lern-, Arbeits- und Begegnungsorte.

Bibliothek im digitalen Zeitalter

Wir Freie Demokraten fordern, städtische Gebäude und Bibliotheken weiterzuentwickeln, um Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam erlebbar zu machen. Hierzu gehören kostenloses WLAN und Internetarbeitsplätze, reservierbare Co-Working-Areas und Besprechungs- und Veranstaltungsräume. Insbesondere städtische Bibliotheken wie die Pablo Neruda Bezirksbibliothek in Friedrichshain bieten sich als eine solche Brücke zwischen der digitalen und analogen Welt an. Wir Freie Demokraten fordern, dass städtische Bibliotheken zukünftig Veranstaltungen fördern und anbieten, die eine Brücke zwischen digitaler und analoger Welt schaffen wollen. Hierzu gehören z.B. Kurse zur Vermittlung von Medienkompetenz für Kinder & Senioren, digitale Museumsbesuche, e-Sports Veranstaltungen oder Workshops zur deutschen Verwaltung für Nicht-Muttersprachler. Neben dem reinen Angebot an Infrastruktur wird durch verschiedene Veranstaltungen und Workshops das gemeinsame digitale Erlebnis in der analogen Welt gestärkt. Analoge Anlaufpunkte für digital interessierte Bürgerinnen und Bürger müssen daher umgesetzt und beworben werden.

Auszubildende fördern - und gleichbehandeln

Wir möchten Ungleichheit, die es zwischen den Lebenswegen von Studierenden und Auszubildenden noch gibt, bekämpfen. Auszubildende, die gar kein Einkommen haben oder für ihre Ausbildung sogar etwas zahlen müssen, sollen die gleichen Leistungen wie Studierende in Anspruch nehmen dürfen. Das gilt insbesondere für die Leistungen, die der Bezirk zur Verfügung stellt. Ob Studium oder Ausbildung, für uns sind alle Lebenswege gleichwertig. Derzeit gibt es zwischen der Unterstützung von Studierenden und Auszubildenden Ungleichheiten zulasten der Auszubildenden.

Hochschulen im Bezirk fördern

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein wichtiger Standort für kreative, internationale und praxisnahe Hochschulen. Einrichtungen wie die Berliner Technische Kunsthochschule, die Design Akademie Berlin, die VICTORIA Internationale Hochschule sowie Institute der Steinbeis-Hochschule Berlin prägen unseren Bezirk als Studien-, Innovations- und Kreativstandort. Wir Freie Demokraten wollen diese Hochschulen und ihre Studierenden stärker unterstützen. Dazu gehören eine bessere Vernetzung mit der lokalen Wirtschaft, mehr Räume für studentische Projekte und Start-ups sowie eine stärkere Einbindung der Hochschulen in die Bezirksentwicklung. Friedrichshain-

Kreuzberg soll ein attraktiver Studienort bleiben, an dem junge Menschen gute Bedingungen zum Lernen, Forschen und Gründen finden – und an dem ihre Ideen auch im Bezirk wirken können.

1000 Euro pro Kind für eine digitale Infrastruktur

Unsere Kinder müssen einen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit heutigen und zukünftigen Technologien mühelos beherrschen. Im digitalen Zeitalter muss nun auch die digitale Lehre dauerhaft, nicht nur in Krisenzeiten, in den Schulalltag und KiTa integriert werden. Hier sehen wir 1000 Euro pro Kind vor. Dies ist eine kostenintensive, aber zwingend notwendige Investition. Neue Computer und Tablets, Online-Lehrmittel, eine stabile und sichere Internetverbindung oder interaktive Whiteboards sollen den Unterricht vor Ort ergänzen.

Pädagogische Fachkräfte digital weiterbilden

Wir Freie Demokraten fordern Gelder für die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte wie Lehrerinnen und Lehrer. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es an digitaler Ausstattung und Ausbildung vielerorts mangelt. Es darf nicht sein, dass ein guter Heimunterricht oder auch nur die digitale Kommunikation allein vom Wissen und Engagement des Lehrkörpers abhängt. Das gilt nicht nur für das Nutzen von technischen Geräten, sondern auch für das Wissen von Gefahren im Netz und Grundlagen im Datenschutz. Wir wollen die Gefahren durch FakeNews stärker im Unterricht betonen.

Eine IT-Hausmeisterin oder Hausmeister für jede Schule

Wir wollen Lehrkräfte entlasten, indem wir jeder Schule eine festangestellte IT-Fachkraft als „IT-Hausmeister“ für den Digitalisierungsschub auf technischer Ebene der Berliner Schulen zur Seite stellen. Denkbar sind auch Modelle, bei denen sich eine IT-Fachkraft um einen Schulverbund kümmert. Weiterhin muss - bestenfalls für ganz Berlin - der Finanzbedarf für die standardisierte IT-Ausstattung von Schulen ermittelt und ein Zeit- und Masterplan zur Digitalisierung der Schulen aufgestellt werden.

Digitalisierung macht Schule

Um die Mittel des DigitalPakts Schule 2.0. bestmöglich für die Schulen unseres Bezirks nutzen zu können, fordern wir die Einrichtung eines zentralen organisatorischen Dienstleistungsbüros im Schulamt, in Zusammenarbeit mit dem IT-Hausmeister. Ein solches Büro soll die Friedrichshain-Kreuzberger Schulen gezielt und kompetent bei der Beantragung von Mitteln aus dem DigitalPakt Schule 2.0. unterstützen und zudem Förderungslücken identifizieren und aufbereiten. Das Bezirksamt muss darauf hinwirken, dass diese Förderungslücken schnellstmöglich durch Landes- oder Bezirksmittel geschlossen werden.

Raus aus dem Neuland

Um digitales Lernen und Lehren zu gewährleisten, müssen alle Schulen unseres Bezirks schnellstmöglich ein funktionierendes WLAN-Netz sowie einen Breitbandanschluss mit mindestens 1000 Mbit/s erhalten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung eines Netzwerkes für medienpädagogisch-informationstechnische Beratungslehrkräfte ein. Nur so kann die Nutzung digitaler Lernplattformen und Lehrmethoden bestmöglich optimiert werden.

8. Investitionen in alle Bürgerinnen und Bürger – für neue Prioritäten in der Haushaltspolitik

Die Freien Demokraten stehen für fiskalisches Verantwortungsbewusstsein. Jeder Euro an Steuermitteln kann nur einmal ausgegeben werden – öffentliche Gelder müssen daher stets dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger bringen. Für uns ist dabei klar: Jeder Euro, den wir in frühkindliche Bildung und in unsere Kinder – die Zukunft unseres Bezirks – investieren, muss höchste Priorität haben. Das gilt umso mehr angesichts der angespannten Einnahmesituation im Zuge der aktuellen Konjunkturkrise. Daher ist es umso wichtiger, Prioritäten zu setzen und sich auf das zu fokussieren, was den Bezirk wirklich voranbringt und den

Bürgern nützt. Es heißt aber auch, Bisheriges permanent kritisch zu hinterfragen, um Budget für Neues zu schaffen.

Prioritäten setzen: Geld dort ausgeben, wo es einen echten Mehrwert bringt

Die Freien Demokraten fordern eine deutliche und klare Neuorientierung der Ausgabenpolitik im Bezirk. Wir wollen jede Form von Steuermittelverschwendung beenden und den frei verfügbaren Teil des Bezirkshaushalts konsequent für dringend notwendige Investitionen in den Bezirk verwenden, die einen echten Nutzen für eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern bringen. Rund 90 Prozent der Ausgaben des Bezirks sind bereits gebunden – beispielsweise durch gesetzlich vorgeschriebene soziale Leistungen. Friedrichshain-Kreuzberg wächst weiter und zählt inzwischen rund 293.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Gleichzeitig bleibt der finanzielle Handlungsspielraum des Bezirks begrenzt. Trotz steigender Gesamthaushalte können die Bezirksverordneten nur über einen vergleichsweise kleinen Teil der Mittel tatsächlich frei politisch entscheiden. Umso wichtiger sind klare Prioritäten, effiziente Verwaltung und ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld. Für uns gilt: Wer in Kinder investiert, investiert in die Zukunft unseres Bezirks. Projekte ohne messbaren Nutzen werden beendet. Ein jährlicher Effizienzcheck bei freiwilligen Ausgaben soll sicherstellen, dass Steuergeld dort ausgegeben wird, wo es einen Mehrwert für die Menschen bringt.

Transparenter Haushalt – deine Steuern sichtbar machen

Steuern sind das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sollten sie auch nachvollziehen können, wofür ihr Geld ausgegeben wird. Viele Menschen im Bezirk wissen heute nicht, welche Projekte finanziert werden, wie viel sie kosten oder ob sie tatsächlich das erreichen, was versprochen wurde. Wir Freie Demokraten wollen das ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirkshaushalt deutlich transparenter und verständlicher wird. Ein öffentliches, digitales Haushaltsdashboard soll zentrale Ausgaben, größere Projekte und ihre Entwicklung sichtbar machen – mit klaren Angaben zu Kosten, Zeitplan und Ziel. So können Bürgerinnen und Bürger jederzeit sehen, wofür ihr Geld eingesetzt wird und wie sich Projekte im Bezirk entwickeln. Denn Transparenz schafft Vertrauen. Und wer nachvollziehen kann, was mit dem eigenen Steuergeld passiert, kann auch besser mitentscheiden, wo Prioritäten gesetzt werden sollten.

Kein Geld für Klientelpolitik und teure Experimente

Wir werden die teuren und gescheiterten Stadtentwicklungs-Experimente des Bezirksamts ebenso beenden wie ihre freimütigen Ausgaben für Zwecke der „politischen Landschaftspflege“. Wiederholt ist die Praxis des Bezirksamts negativ aufgefallen, bezirkseigene Mittel für Klientelpolitik und teure Experimente zu verschwenden: sei es die Anschaffung des berühmt-berüchtigten „Bezirks-Baggers“, das „Bääm-Kotti-Klo“ oder die teuren und gründlich gescheiterten Experimente an Parklets und grünen Punkten im Bergmannstraßenkiez. Auch die sogenannten „Bürgerbeteiligungsmittel“ im Dezernentenbereich von Stadtrat Florian Schmidt dienten primär der „politischen Landschaftspflege“ und bauten unnötige Doppelstrukturen auf. Die Freien Demokraten stehen hingegen für eine öffentliche Ausgabenpolitik, die den größten Nutzen für die größte Anzahl an Bürgerinnen und Bürger bringt. Poller zur Verkehrsberuhigung dürfen in Zukunft nur unter Beteiligung der Anwohner erfolgen. Und wenn an öffentlichen Handpumpbrunnen künftig Gießkannen angeschafft werden, dann bitte auch so befestigt, dass daraus kein weiteres Beispiel wird, bei dem nicht nur Wasser, sondern auch Steuergeld versickert.

Vergabe von Gutachten muss kritisch hinterfragt werden

Die Freien Demokraten kritisieren ferner die Praxis des grün-roten Bezirksamts, in ausschweifendem Umfang Gutachten einzuholen, die der eigenen politischen Agenda dienen. Evidenzbasierte Politik ist wichtig und externe Expertise hat ihren berechtigten Platz im politischen Entscheidungsfindungsprozess. Angesichts knapper Kassen muss aber stets sichergestellt sein, dass die Gutachten wirklich notwendig sind.

Bürokratieabbau senkt öffentliche Ausgaben

Wir wollen schließlich einen zentralen Beitrag zur Entlastung des Haushalts leisten, indem wir die Kosten der Verwaltung durch konsequenten Bürokratieabbau senken. Gerade Gesetze, die in private

Wirtschaftsentscheidungen übergreifen, sind häufig besonders teuer in der Durchsetzung. Beispielhaft dafür steht etwa das Zweckentfremdungsverbot, das wir umfangreich reformieren wollen. Gleichzeitig sehen wir in der Digitalisierung der Verwaltung ein großes Einsparpotenzial. Digitale Anträge, automatisierte Verfahren und bessere Datenvernetzung können viele Verwaltungsprozesse deutlich effizienter machen. Weniger Papier, kürzere Bearbeitungszeiten und schlankere Abläufe senken nicht nur Kosten, sondern erleichtern auch den Zugang zu Behördenleistungen für Bürgerinnen und Bürger. Jeder Euro, der durch effizientere Verwaltung eingespart wird, steht für wichtigere Aufgaben im Bezirk zur Verfügung.

Risiken für den Bezirkshaushalt reduzieren: Nicht mehr vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen!

Klug Wirtschaften heißt auch, keine unnötigen Risiken für den Bezirkshaushalt einzugehen und den ohnehin angespannten Haushalt nicht durch eine riskante Vorkaufspolitik zusätzlich zu belasten. Für die Freien Demokraten bedeutet das: Der Bezirk soll künftig keine Vorkaufsrechte nach dem Baugesetzbuch mehr ausüben. Das grün-rot-rote Bezirksamt ist durch die Ausübung des Vorkaufsrechts Risiken in zweistelliger Millionenhöhe eingegangen, ohne dass dies den Wohnungsmarkt spürbar entlastet hätte – der Effekt auf den Wohnungsmarkt ist nicht existent und bedient nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Stadtrat Florian Schmidt hat sich dadurch den Anfangsverdacht strafbarer Untreue zugezogen. Der Höhepunkt war die Beinahe-Insolvenz der „Diese eG“, die innerhalb weniger Monate einen Schuldenberg von rund 50 Millionen Euro angehäuft hat. Öffentliche Mittel sollen stattdessen dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich mehr Wirkung entfalten: beim Wohnungsneubau, bei der sozialen Absicherung Bedürftiger und bei einer funktionierenden Infrastruktur.

Stärkere Kontrolle durch die Bezirksverordneten ermöglichen

Die Freien Demokraten fordern eine stärkere demokratische Kontrolle der Ausgaben des Bezirksamts durch die Bezirksverordneten. Im Haushalt des Bezirks sind auch Mittel für unspezifische unvorhergesehene Ausgaben (der allg. Finanzverwaltung) eingestellt (Verfügungs- und Verstärkungsmittel). So wichtig Flexibilität für die Verwaltung auch ist, so wichtig ist auch die parlamentarische Kontrolle über die Ausgaben. Anstatt dem Bezirksamt die unkontrollierte Verfügung über mittlerweile 1.000.000 Euro zu überlassen, wollen wir der BVV mehr Kontrolle – etwa über Sperrvermerke – geben, um somit die Mittel besser zielgerichtet für wichtige Projekte einzusetzen.

Energie sparen, Haushalt entlasten – mit Energie-Contracting öffentliche Gebäude modernisieren

Viele öffentliche Gebäude im Bezirk – Schulen, Kitas, Sporthallen oder Verwaltungsstandorte – verbrauchen noch immer unnötig viel Energie. Gleichzeitig sind die finanziellen Spielräume des Bezirks begrenzt. Große Investitionen in energetische Sanierungen lassen sich aus dem laufenden Haushalt oft nur schwer finanzieren. Die Freien Demokraten setzen deshalb auf Energie-Contracting. Dabei arbeitet der Bezirk mit spezialisierten Energiedienstleistern zusammen, die Modernisierungen planen, umsetzen und zunächst finanzieren. Bezahlt werden sie anschließend aus den tatsächlich erzielten Energieeinsparungen. So kann der Bezirk Gebäude modernisieren, ohne hohe Investitionen sofort selbst tragen zu müssen. Ganz konkret kann das bedeuten: Photovoltaikanlagen auf Schuldächern, moderne Heiztechnik in Kitas und Sporthallen, intelligente Steuerung von Heizungen in Verwaltungsgebäuden oder der Austausch alter Beleuchtung durch energieeffiziente LED-Systeme. All diese Maßnahmen senken dauerhaft die Energiekosten des Bezirks. Das Ergebnis ist eine Win-win-Situation: Der Bezirk spart Energie und Geld, öffentliche Gebäude werden moderner und klimafreundlicher – und die knappen Haushaltsmittel bleiben für andere wichtige Aufgaben verfügbar, etwa für Bildung, Infrastruktur und soziale Angebote. Für uns Freie Demokraten ist klar: Klimaschutz und solide Finanzen gehören zusammen. Mit pragmatischen Lösungen wie Energie-Contracting kann Friedrichshain-Kreuzberg schneller Energie sparen und gleichzeitig den Bezirkshaushalt entlasten.

9. Für deine Gesundheit

Eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und eine hohe Lebensqualität in unserem Bezirk. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg schnellen Zugang zu guter medizinischer Versorgung erhalten – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Gesundheitspolitik bedeutet für uns vor allem, Strukturen zu stärken, Innovation zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen. Gerade in einer wachsenden und vielfältigen Stadt müssen medizinische Angebote verlässlich, wohnortnah und zukunftsfähig organisiert sein. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen ambulanter Versorgung, Krankenhäusern, Prävention und sozialen Einrichtungen verbessern und neue digitale Lösungen stärker nutzen. Gleichzeitig setzen wir auf Prävention, Gesundheitskompetenz und niedrigschwellige Angebote, damit Krankheiten möglichst früh erkannt und vermieden werden können. Unser Ziel ist ein modernes, leistungsfähiges und innovationsfreundliches Gesundheitssystem im Bezirk – eines, das Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellt, medizinisches Personal entlastet und Raum für neue Ideen schafft.

Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen

Wir Freie Demokraten fordern den Ausbau digitaler Gesundheitsleistungen. Arztbesuche müssen bei einer eindeutigen Symptomatik und auf Wunsch der Patientinnen und Patienten künftig auch ohne Mehrkosten digital möglich sein. Bei Bedarf kann der Arzt oder die Ärztin ergänzend zur Videosprechstunde einen Präsenztermin vereinbaren. Für Familien mit Kindern ist der Arztbesuch bei Kindern mit unbedenklichen Symptomen häufig trotz eindeutiger Diagnose mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden. Durch Videosprechstunden wollen wir nicht nur die Bürger, sondern auch die Wartezimmer und Arztpraxen entlasten.

Das Wartezimmer hat ausgedient

Wir Freie Demokraten fordern den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dazu auf, ein Pilotprojekt zur Digitalisierung von Wartezimmern zu fördern. Mit einem Ticketing System sollen dabei Patientinnen und Patienten informiert werden, falls ihr Arzttermin mehr als 15 Minuten verspätet beginnt. Wartezeiten von über einer Stunde dürfen nicht mehr vorkommen. Infektionskrankheiten wie die alljährliche Erkältung treiben Patientinnen und Patienten in die Wartezimmer der Arztpraxen. Oftmals sind hier nicht nur die betreffenden Patienten, sondern auch die Mitwartenden einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt.

Digitalisierte Gesundheitsbehörden in epidemiologischen Notlagen

Corona ist glücklicherweise eingedämmt. Aber eine nächste Epidemie ist nicht ausgeschlossen, egal wie das nächste Virus heißen mag. Aus der letzten Pandemie haben wir gelernt, dass eine gute Vorbereitung alles ist. Darum fordern wir Freie Demokraten die Digitalisierung der Gesundheitsbehörden, beginnend bei der Fähigkeit für Remote Work für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis hin zur Digitalisierung und Zentralisierung einer möglichen notwendigen Kontaktnachverfolgung. Interne Abläufe müssen digitalisiert werden, wobei die Datensicherheit bewahrt werden muss. Infektionskrankheiten machen auch vor Gesundheitsämtern nicht halt. In epidemiologischen Notlagen muss umgehend die Möglichkeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen, ihre systemrelevante Arbeit, wenn praktisch umsetzbar, von Zuhause aus zu verrichten.

Modellprojekt Einsamkeit

Wir Freie Demokraten fordern in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg ein Modellprojekt zur Einsamkeit, vor allem im Alter, aber nicht nur. Dazu gehört, die Sichtbarkeit der Programme und Initiativen zu stärken, um die Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren zu stärken und ihnen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, sich eigenständig in der digitalen Welt zu bewegen und zu vernetzen. Zudem sollen Nachbarschaftsinitiativen mit dem Ziel Seniorinnen und Senioren zu unterstützen finanziell gefördert werden. Die Corona-Pandemie hat uns einerseits aufgezeigt, wie weit verbreitet Einsamkeit im Allgemeinen ist und andererseits verdeutlicht, wie viel unausgeschöpftes Potenzial in einer sich gegenseitig helfenden Nachbarschaft steckt. Wir möchten nicht, dass die aus der Notlage entstandenen Initiativen langsam abklingen, sondern ihr

Anliegen weiter fördern. Wir wollen Initiativen fördern, die mehrere Generationen zusammenbringen, beispielsweise Wohnformen. In einer vielfältigen Stadt wie Berlin sollte jeder und jede Freundinnen und Freunde finden.

Häusliche Gewalt bekämpfen

Sorgen bereiten uns die rasant gestiegenen Vorfälle häuslicher Gewalt während der Pandemie. Um Frauen und Männer und ihre Kinder besser schützen zu können, fordern wir den Ausbau von Schutzplätzen, sowie auch hier übergangsweise die Unterbringung von Betroffenen in Hotels. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg braucht es eine Personaloffensive im Jugendamt um den Anforderungen des Kinderschutzes gerecht zu werden. Die Gewaltschutzambulanz in Moabit unterstützen wir.

10. Kommunale Verwaltung – bürgernah, digital und im 21. Jahrhundert angekommen

Eine moderne Verwaltung muss den Menschen dienen – schnell, transparent und zuverlässig. Wir Freie Demokraten wollen eine kommunale Verwaltung, die bürgernah arbeitet, digitale Möglichkeiten konsequent nutzt und den Alltag der Menschen erleichtert. Behördengänge dürfen kein Hindernislauf sein. Dienstleistungen des Bezirks müssen einfach zugänglich, verständlich und möglichst digital erledigt werden können. Älteren Menschen und Personen ohne Internet soll dazu ein Ansprechpartner auf dem Amt zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die im 21. Jahrhundert angekommen ist: mit klaren Zuständigkeiten, effizienten Prozessen und einem echten Servicegedanken gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen. Digitale Anträge, transparente Verfahren und kurze Bearbeitungszeiten sollen zum Standard werden. Gleichzeitig wollen wir die Mitarbeitenden in der Verwaltung stärken, ihnen moderne Arbeitsbedingungen bieten und Entscheidungsprozesse vereinfachen. Eine leistungsfähige Verwaltung ist die Grundlage für Vertrauen in den Staat. Deshalb setzen wir uns für einen Bezirk ein, der Verwaltung als Service versteht.

Bezirkspolitik umfassend und dauerhaft zugänglich machen

Wir wollen die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse transparent, nachvollziehbar und für alle zugänglich gestalten. Dazu sollen BVV-Sitzungen nicht nur live gestreamt, sondern vollständig aufgezeichnet und ebenso wie öffentliche Ausschusssitzungen dauerhaft digital bereitgestellt werden. Die Streams und Aufzeichnungen sind mit automatisierten (mehrsprachigen) Untertiteln zu versehen, um Barrierefreiheit zu gewährleisten und eine breitere Zugänglichkeit zu ermöglichen. Alle Sitzungen sollen vollständig und automatisiert transkribiert werden, sodass Bürgerinnen und Bürger gezielt nach Inhalten suchen können. Durch eine strukturierte Aufbereitung mit der Möglichkeit, einzelne Tagesordnungspunkte direkt anzusteuern, wird es einfach, sich schnell und gezielt über die Beratung und Entscheidung zu konkreten Drucksachen zu informieren. So stärken wir Transparenz, demokratische Teilhabe und das Vertrauen in die bezirkspolitische Arbeit.

Einfache und sichere Kommunikation mit der Bezirksverwaltung

Der Kontakt mit der Bezirksverwaltung muss niedrigschwellig, sicher und zeitgemäß sein. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, mit der Verwaltung auch über Ende-zu-Ende verschlüsselte Messenger zu kommunizieren, um Datenschutz und Vertraulichkeit zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen KI-gestützte Anwendungen und Automatisierung gezielt eingesetzt werden, um Abläufe zu beschleunigen, Anfragen effizient zu bearbeiten und Mitarbeitende zu entlasten. Ein Verwaltungs-Chatbot auf der Website des Bezirks kann rund um die Uhr Auskunft zu häufigen Fragen geben, bei der Orientierung durch Zuständigkeiten helfen und den Zugang zu Dienstleistungen erleichtern. So verbessern wir den Service für die Menschen im Bezirk und schaffen Freiräume in der Verwaltung für komplexe und persönliche Anliegen.

Ein digitaler Zwilling für den Bezirk

Wir wollen wissen, was wir wissen und dieses Wissen besser nutzen. Ein digitaler Zwilling des Bezirks kann der Verwaltung helfen, Planungen transparenter, effizienter und besser abgestimmt umzusetzen. Nach dem Vorbild anderer Städte wie Hamburg sollen relevante Daten zu Infrastruktur, Bebauung, Verkehr oder öffentlichen Einrichtungen gebündelt, aktuell gehalten und für Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzbar gemacht werden. So lassen sich Vorhaben frühzeitig abstimmen, Zielkonflikte erkennen und Ressourcen sinnvoll einsetzen. Auch das Quartiersmanagement kann von digitalen Werkzeugen profitieren: Durch datenbasierte Analysen und digitale Beteiligungsformate werden lokale Entwicklungen sichtbarer und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gestärkt. Ein digitaler Zwilling schafft damit die Grundlage für eine moderne, lernfähige und vorausschauende Bezirkspolitik.

Bürgerinnen und Bürger dort informieren, wo sie sind

Verwaltungskommunikation muss dort stattfinden, wo Menschen sie im Alltag brauchen. Bei Baustellen im öffentlichen Raum sollen Passantinnen und Passanten sowie Anwohnerinnen und Anwohner niedrigschwellig informiert werden, etwa über QR-Codes vor Ort, über die schnell und gut verständlich abrufbar ist, was gebaut oder erneuert wird, warum die Maßnahme notwendig ist und in welchem Zeitraum sie geplant ist. Darüber hinaus wollen wir Stadtplanung insgesamt besser zugänglich machen. Für Bürgerinnen und Bürger ist nicht entscheidend, welche Verwaltungsebene zuständig ist, sondern welche Veränderungen konkret vor ihrer Haustür stattfinden. Der Bezirk soll deshalb Bau- und Planungsprojekte unabhängig von formalen Zuständigkeiten gebündelt, übersichtlich und aktuell darstellen. So schaffen wir Transparenz, Akzeptanz und eine informierte Beteiligung an der Entwicklung unseres Bezirks.

Automatische Benachrichtigungen zu neuen Beteiligungsverfahren

Bürgerbeteiligung ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Stadtentwicklung. Mit Plattformen wie mein.berlin.de oder xhain-beteiligt.de gibt es bereits digitale Angebote, die Beteiligung erleichtern und transparenter machen. In der Praxis erreichen diese Verfahren jedoch oft nur diejenigen, die sich aktiv und regelmäßig informieren. Viele Menschen erfahren von relevanten Beteiligungsmöglichkeiten in ihrem direkten Wohnumfeld zu spät oder gar nicht. Gerade bei Bauvorhaben, Verkehrsprojekten oder der Umgestaltung öffentlicher Räume ist es aber entscheidend, Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig und verlässlich einzubeziehen. Nur wer rechtzeitig informiert wird, kann sich auch wirksam beteiligen. So stärken wir Akzeptanz, Transparenz und die demokratische Mitgestaltung im Bezirk.

Wir wollen deshalb die bestehenden Beteiligungsplattformen stärker mit den Verwaltungsabläufen verknüpfen. Wer sich beim Bürgeramt an- oder ummeldet, soll freiwillig eine E-Mail-Adresse hinterlegen können, um künftig über neue Beteiligungsverfahren in der eigenen Umgebung informiert zu werden. Sobald im jeweiligen Postleitzahlbereich oder in der unmittelbaren Nachbarschaft ein neues Beteiligungsverfahren startet, sollen Bürgerinnen und Bürger automatisch eine Benachrichtigung erhalten. So holen wir Beteiligung aus der Holschuld heraus und machen sie alltagstauglicher, sichtbarer und zugänglicher für mehr Menschen.

Datenschutz und Transparenz

Wir wollen digitale Souveränität und Datenschutz auch in der öffentlichen Verwaltung stärken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bezirk bei Videokonferenzen vorrangig datenschutzfreundliche und möglichst offene Lösungen nutzt. Statt auf Plattformen großer internationaler Konzerne zu setzen, soll verstärkt auf europäische beziehungsweise offene Technologien wie Jitsi zurückgegriffen werden. Solche Lösungen ermöglichen Videokonferenzen direkt im Browser, ohne verpflichtende Downloads und mit deutlich besser kontrollierbarem Datenschutz. Damit stärken wir digitale Selbstbestimmung, schützen sensible Daten und fördern gleichzeitig den Einsatz offener Technologien in der Verwaltung.

Gute Zeiten, schlechte Zeiten – digitale Handlungsfähigkeit sicherstellen

Der Bezirk muss auch digital handlungsfähig bleiben, unabhängig, resilient und zukunftssicher. Wir setzen uns dafür ein, digitale Abhängigkeiten von teuren, proprietären Lizenzprodukten konsequent zu reduzieren und dort, wo es möglich ist, auf Open-Source-Lösungen zu setzen und umzustellen. So stärken wir digitale Souveränität, sparen langfristig Kosten und behalten die Kontrolle über unsere IT-Infrastruktur. Friedrichshain-Kreuzberg kann dabei auch ein sichtbares Zeichen setzen, etwa durch die Einführung eines Open Source Project Office oder mit einem bezirklichen „Digital Independence Day“, der Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenbringt und für offene digitale Lösungen wirbt. Gleichzeitig wollen wir die digitale Resilienz des Bezirks erhöhen: Ein klares Konzept soll sicherstellen, dass Verwaltung, Information und Kommunikation auch bei Strom- oder teilweisen Internetausfällen funktionsfähig bleiben. Digitale Handlungsfähigkeit bedeutet für uns, in guten wie in schwierigen Zeiten verlässlich für die Menschen im Bezirk da zu sein.

Leistungsstarkes Internet für eine leistungsstarke Wirtschaft

Friedrichshain-Kreuzberg ist Startup-Heimat, Kreativstandort und Gründerbezirk. Deshalb brauchen wir im Bezirk eine digitale Infrastruktur, die mithält. Wir setzen uns für einen konsequenten Glasfaser-Ausbau im gesamten Bezirk ein, damit Unternehmen, Selbstständige und Startups verlässlich mit schnellem Internet arbeiten können. Leistungsfähige Netze, unbürokratische Verwaltungsprozesse und attraktive Orte zum Arbeiten gehören für uns zusammen. Der Bezirk soll dabei auch neue Wege gehen, etwa durch Public-Private-Partnerships, um digitale Infrastruktur schneller und effizienter voranzubringen. Gleichzeitig wollen wir, dass vorhandene Förderprogramme von Land, Bund und EU für Digitalisierung systematisch identifiziert und konsequent abgerufen werden. Ein klar definiertes Digitalisierungsbudget schafft Planungssicherheit und stärkt Friedrichshain-Kreuzberg als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort.

Freies WLAN als Grundlage für Beteiligung

Der freie Zugang zum Internet ist für uns eine zentrale Voraussetzung für demokratische Teilhabe, Bildung und ein selbstbestimmtes Leben im Bezirk. Deshalb setzen wir uns für frei verfügbares WLAN an allen Einrichtungen der Bezirksverwaltung ein. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau freier Netze in den Kiezen von Friedrichshain-Kreuzberg gezielt vorantreiben, insbesondere durch eine klare bezirkliche Freifunk-Strategie und die Schaffung zusätzlicher öffentlicher WLAN-Hotspots. Initiativen wie Freifunk leisten seit Jahren einen wichtigen Beitrag zum offenen Zugang zu Wissen und Information und stärken niedrigschwellige Beteiligung, digital wie analog. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und sichtbarer machen. Freies WLAN ermöglicht digitale Bürgerbeteiligung, erleichtert den Zugang zu Informationen und schafft echte Teilhabechancen für alle.

(Digitale) Beteiligung von Bürger für eine Smart City

Eine kluge Stadt entsteht dort, wo die Menschen, die in ihr leben, aktiv an ihrer Gestaltung beteiligt sind. Wir wollen die Bürgerbeteiligung in Friedrichshain-Kreuzberg daher konsequent weiterentwickeln: barrierefrei, transparent und sowohl analog als auch digital. Digitale Angebote wie abonmierbare Newsletter und Push-Benachrichtigungen zu laufenden und anstehenden Beteiligungsverfahren im jeweiligen Kiez sollen es einfach machen, informiert zu bleiben und sich gezielt einzubringen. Denn die Menschen vor Ort wissen am besten, wie Flächen genutzt, Ressourcen eingesetzt und Probleme gelöst werden können. Echte Beteiligung stärkt die Akzeptanz politischer Entscheidungen, führt zu besseren Ergebnissen und macht unseren Bezirk zu einer Smart City im besten Sinne: vernetzt, lernfähig und von den Bürgerinnen und Bürgern selbstbestimmt gestaltet.

Digitales Erbe bewahren

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein bedeutender Ort der Technikgeschichte: In der Methfesselstraße in Kreuzberg wurde mit der Z3 von Konrad Zuse einer der ersten funktionsfähigen Computer der Welt entwickelt. Dieses historische Erbe wollen wir sichtbarer machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bestehende Berliner Gedenktafel in der Methfesselstraße durch eine moderne digitale Informationsstätte zu ergänzen. Interaktive Inhalte, digitale Ausstellungen und verständliche Informationen sollen Besucherinnen und Besuchern die

Bedeutung dieses Ortes für die Entwicklung des Computerzeitalters näherbringen. So verbinden wir Erinnerungskultur mit digitaler Bildung und stärken zugleich das Profil Friedrichshain-Kreuzbergs als innovativen und technologieoffenen Bezirk.

11. Sport und Familie

Bewegung und Familie gehören für uns Freie Demokraten zusammen: Beide sorgen für Zusammenhalt, Gesundheit und Lebensqualität im Kiez. Friedrichshain-Kreuzberg ist einer der am dichtesten besiedelten Bezirke Berlins – und hat zugleich die wenigsten Sportplätze und Sporthallen aller Berliner Bezirke. Wer hier Sport treibt oder eine Familie großzieht, muss sich auf verlässliche Infrastruktur verlassen können: ausreichend Sportflächen, saubere und sichere Spielplätze, flexible Betreuung und echte Teilhabe für Kinder, Jugendliche und Familien in all ihrer Vielfalt. Für uns Freie Demokraten sind Sport- und Familienpolitik deshalb zwei Seiten derselben Aufgabe – Räume zu schaffen, in denen sich Menschen jeden Alters frei bewegen, engagieren und entfalten können.

Deshalb wollen wir den Neubau, die Sanierung und die Modernisierung von Sportanlagen deutlich beschleunigen. Das Sportstätten-sanierungsprogramm muss dauerhaft und verlässlich finanziert werden. Neue Sporthallen sollen mehrgeschossig und multifunktional geplant werden. Schulische Sporthallen wollen wir abends, an Wochenenden und in den Ferien stärker für den Vereinssport öffnen. Auch Aufstockungen bestehender Sport- und Schwimmhallen prüfen wir, um zusätzliche Kapazitäten auf begrenztem Raum zu schaffen. Teile des Tempelhofer Felds, etwa am Columbiadamm, sollen zumindest temporär für zusätzliche Sportflächen genutzt werden.

Schwimmen

Die Schwimmbadsituation im Bezirk ist unzureichend. Die Schwimmhalle in der Holzmarktstraße muss neu gebaut werden, Baerwaldbad und Spreewaldbad endlich saniert und wieder eröffnet werden.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder in der Grundschule schwimmen lernen. Dafür braucht es ausreichend Personal, verlässliche Wasserzeiten und wohnortnahe Schwimmhallen. Perspektivisch soll das Prinzenbad wintertauglich überdacht werden, damit der Park auch im Winter genutzt werden kann.

Nutzung von Sportflächen

Die Vergabe von Sportstätten muss digital, transparent und planbar werden. Vereine sollen Hallen- und Platzzeiten für ein bis zwei Jahre statt nur für sechs Monate beantragen können. Wir wollen eine zentrale Übersicht über alle nutzbaren Sportstätten schaffen. Schulhöfe, Bolzplätze und Schulsportanlagen sollen außerhalb der Schulzeiten öffentlich nutzbar sein. Auch freie Sportgruppen und Individualsportler sollen Sportflächen grundsätzlich nutzen können.

Sport im öffentlichen Raum

In einer dicht besiedelten Stadt müssen Sportflächen neu gedacht werden. Wir wollen mehr frei zugängliche Bewegungs- und Fitnessangebote im öffentlichen Raum schaffen – etwa Outdoor-Gyms, Sportgeräte an Ufern oder kreative Lösungen auf bisher ungenutzten Flächen. Ein Wettbewerb für innovative Sportideen im öffentlichen Raum soll neue Projekte ermöglichen.

Innovative Sportprojekte

Wir unterstützen innovative Sportinfrastruktur, die Flächenknappheit kreativ löst. Dazu gehört auch die Idee eines schwimmenden Fußballplatzes. Der Bezirk soll solche Projekte konstruktiv begleiten und Genehmigungsverfahren unterstützen.

Inklusion und Frauensport

Die wachsende Zahl von Mädchen- und Frauenmannschaften wollen wir gezielt unterstützen. Dazu gehören sichere Wege, gute Beleuchtung und verlässliche Hallenzeiten. Sportangebote sollen inklusiv, barrierefrei und

diskriminierungsfrei sein. Unser Ziel ist, dass alle Menschen unabhängig von ihren Voraussetzungen Zugang zu Sport haben.

Integration und Jugendarbeit

Sport stärkt Integration, soziale Teilhabe und Gewaltprävention. Deshalb wollen wir einen Förderschwerpunkt „Integration durch Sport“ schaffen und Kooperationen zwischen Vereinen, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und sozialen Trägern ausbauen.

Ehrenamt und Vereine

Breitensport lebt vom Ehrenamt. Dieses Engagement wollen wir stärker würdigen und den Bezirkssportbund stärken. Sportvereine und private Sportanbieter wie Tanz-, Karate- oder Yogaschulen sollen dauerhaft im Kiez bleiben können und nicht durch steigende Mieten verdrängt werden. Gleichzeitig wollen wir Vereine stärker vernetzen und gemeinsame Plattformen schaffen.

Familienfreundlicher Bezirk

Familien sind eine tragende Säule unseres Bezirks. Wir wollen verhindern, dass sie aus Friedrichshain-Kreuzberg verdrängt werden, und durch zusätzlichen Wohnungsbau familienfreundliche Perspektiven schaffen. Spielplätze müssen sauber, sicher und angstfrei sein. Müll, Drogenreste oder Verwahrlosung sind nicht hinnehmbar. Wir fordern einen klaren Reinigungs- und Kontrollfokus auf Spielplätze sowie auf das Umfeld von Kitas und Schulen.

Betreuung und Vereinbarkeit

Wir wollen flexiblere Betreuungsangebote schaffen – auch frühmorgens, abends und an Wochenenden. Gleichzeitig muss die Qualität der Betreuung stimmen: bessere Betreuungsschlüssel und faire Bezahlung für Erzieherinnen und Erzieher. Der Kitagutschein soll automatisch mit der Geburtsurkunde ausgegeben werden. Ein berlinweites digitales Kita-Vergabesystem soll Eltern die Suche nach Betreuungsplätzen erleichtern. Kinder mit besonderem Förderbedarf und Alleinerziehende sollen prioritär berücksichtigt werden.

Unterstützung für Alleinerziehende

Alleinerziehende brauchen gezielte Unterstützung. Familienzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen wollen wir ausbauen. Zudem setzen wir uns für eine unabhängige Beratungsstelle für Eltern in Trennungsphasen sowie eine Ombudsperson für alleinerziehende Mütter ein.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Kinder und Jugendliche brauchen Raum und Mitbestimmung. Familien- und Jugendzentren sowie Jugendfreizeiteinrichtungen wollen wir stärken, besser ausstatten und mit längeren Öffnungszeiten ausbauen. Beteiligungsformate für junge Menschen sollen verbindlicher werden.

Vielfalt und Schutz

Queeres Leben gehört selbstverständlich zu unserem Bezirk. Wir setzen uns für einen *Beauftragten* für queere Lebensweisen ein und wollen Gewaltprävention sowie Beratungs- und Schutzangebote weiter ausbauen. Sicherheit im öffentlichen Raum und im ÖPNV muss verbessert werden.

Familienservice und Teilhabe

Das Familienservicebüro wollen wir als zentrale Anlaufstelle stärken. Behörden sollen familienfreundlicher werden. Gleichzeitig wollen wir Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangebote besser sichtbar machen. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem alle Generationen gut leben können – mit weniger Barrieren, besserer Mobilität und mehr digitaler Teilhabe auch für ältere Menschen.